Frankfurter Allgemeine

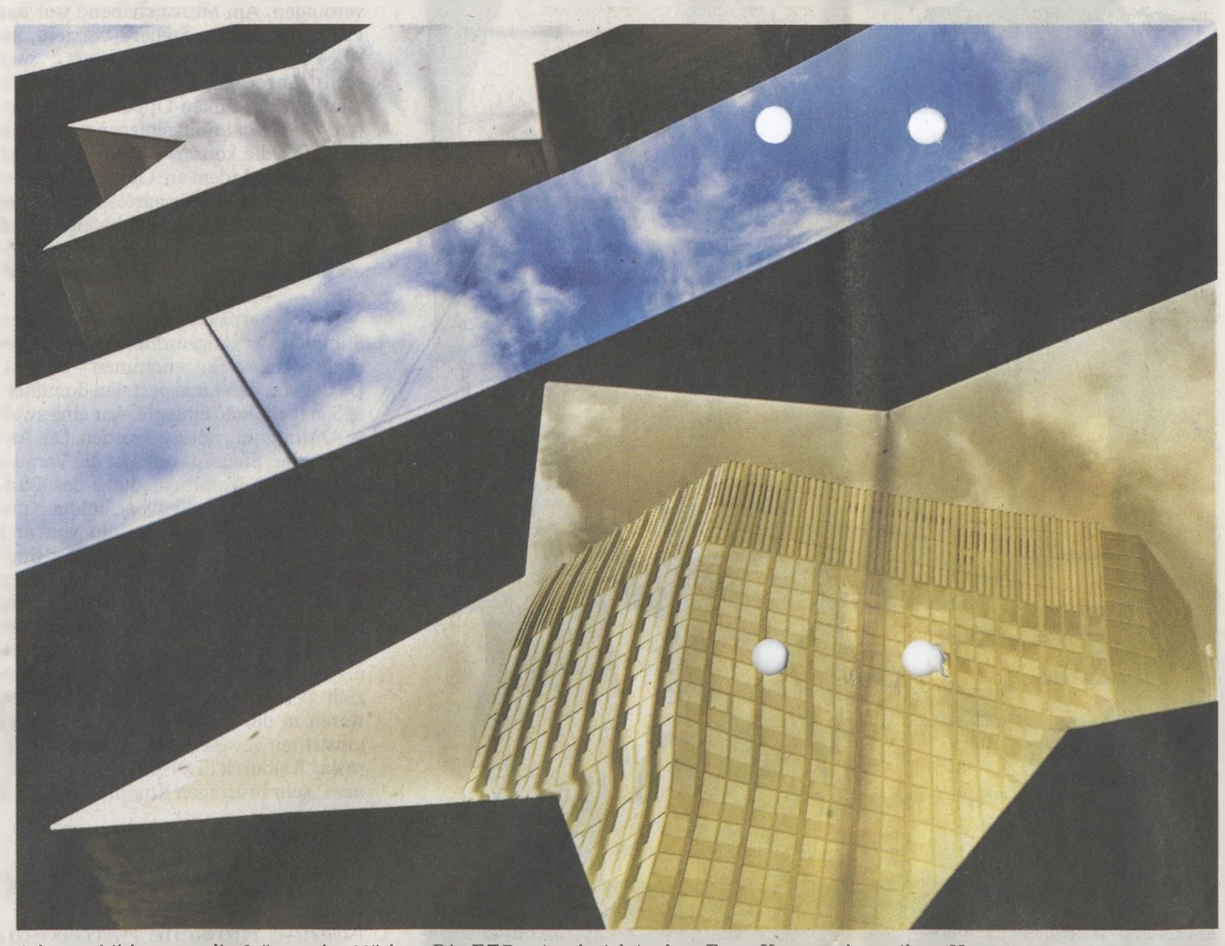
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

114

Freitag, 7. September 2012 · Nr. 209 / 36 D 1 | HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER | 2,10 € D 2954 A | F.A.Z. im Internet: faz.net

Eklat auf Parteitag der Demokraten

rüb. CHARLOTTE, 6. September. Auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten ist es zu einem Eklat über das Wahlprogramm gekommen. Nachdem es schon am Dienstag per Akklamation angenommen worden war, wurde es am Mittwoch aufgrund einer persönlichen Intervention von Präsident Barack Obama nochmals verändert: Er forderte, dass Jerusalem wie im Wahlprogramm 2008 wieder als Hauptstadt Israels bezeichnet werden sollte; zudem sollte wieder ein Gottesbezug aufgenommen werden. Bei der Abstimmung über diese Änderungen durch Akklamation gab es laute Proteste im Saal. Die vom Parteitagsvorsitzenden, dem Bürgermeister von Los Angeles Antonio Villaraigosa, behauptete Zweidrittelmehrheit schien selbst beim dritten Anlauf zur Abstimmung nicht zustande gekommen zu sein. Dennoch erklärte Villaraigosa zum Unmut vieler Delegierter die Änderungen für angenommen. Die Schlussveranstaltung mit der Rede Obamas, die am Donnerstagabend ursprünglich unter freiem Himmel vor 74 000 Zuhörern geplant war, wurde wegen des Wetters in eine kleinere Halle verlegt. *(Siehe Seite 6.)*



Schutzschild gegen die Stürme der Märkte: *Die EZB spiegelt sich in dem Euro-Kunstwerk vor ihrer Haustür.* Foto Jonas Wresch

Heute

Näher, mein Gott, zu dir

Die Titanic geht bei ihm erst unter, wenn Shakespeares Sturm bläst: Bob Dylans neues Album ist, wieder einmal, tiefreligiös. Ein Theologe hat reingehört. **Feuilleton, Seite 31**

Harmonie in Wien
Während der Fußball ein Hort der Rivalität zwischen Deutschland und Österreich ist, ziehen beide Länder in der Politik meist an einem Strang. Das dürfte auch heute beim Besuch der Kanzlerin so sein. **Politik, Seite 3**

Revolte in Ramallah
Die Palästinensergebiete kommen seit Wochen nicht zur Ruhe. In Ramallah, Hebron und Bethlehem gibt es Proteste, die Stadt Dschenin versinkt im Chaos. Der Präsident verspricht Abhilfe. **Politik, Seite 7**

Volkssport der Araber
Früher eine Notwendigkeit, um in der Wüste zu überleben, heute ein Teil der städtischen arabischen Kultur: Die Falknerei wird in Arabien nicht nur von Königen betrieben. **Wirtschaft, Seite 14**

Harte Jungs
Warum wohl wird Behinderten-Rugby auch „Murderball" genannt? Nirgends sonst kann man andere Leute einfach ungestraft aus ihren Rollstühlen befördern – auch bei den Paralympics. **Sport, Seite 30**

Alter Mann, neue Lieder
So gut altern Legenden nur selten: Der bald achtzig Jahre alte Leonard Cohen zelebriert sein Alterswerk bei einem Berliner Konzert als vitales Vermächtnis eines großen Künstlers. **Feuilleton, Seite 33**

Schwindender Markt
In den deutschen Großstädten wird für Immobilieninvestoren das Angebot an Shoppingcentern knapp. Mit Objekten in Mittelstädten tun sich ausländische Marktakteure schwer. **Immobilienmarkt, Seite 37**

Mitteilung des Verlags:
Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 38 bis 40

EZB beschließt Anleihekäufe ohne Obergrenze – mit Auflagen

Nur eine Gegenstimme im Rat der Zentralbank / Draghi: Der Euro ist unumkehrbar

ruh./enn./Lt. FRANKFURT/BERLIN, 6. September. Die Europäische Zentralbank hat am Donnerstag ein neues Programm für den Ankauf von Anleihen finanzschwacher Euroländer beschlossen. Dabei werde es keine Obergrenze geben, sagte EZB-Präsident Mario Draghi. Mit einer Ausnahme hätten alle Mitglieder des EZB-Rates dem Programm zugestimmt. Die Gegenstimme kam nach Darstellung der Bundesbank von Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der in den vergangenen Wochen vor den Risiken einer Staatsfinanzierung durch die Notenbank gewarnt hatte.

Draghi hob hervor, dass die EZB im Rahmen ihres Mandats handele, die Preisstabilität zu sichern. Käufe auf dem Markt befindlicher Anleihen seien nach den Statuten des Eurosystems erlaubt. Mit den Käufen von Staatsanleihen mit Restlaufzeiten von ein bis drei Jahren solle die Wirkung der Geldpolitik gesichert werden, die aus Furcht vor einem Auseinanderbrechen des Euroraums gestört sei. „Der Euro ist unumkehrbar", sagte Draghi.

Die Zentralbank wird auf dem Anleihemarkt von Euroländern intervenieren, die zuvor den europäischen Stabilisierungsfonds ESM/EFSF um Hilfe bitten und sich dessen Bedingungen für ein ökonomisches Sanierungsprogramm unterwerfen. Diese Konditionalität sei die wichtigste Verbesserung gegenüber früheren Anleihekäufen, sagte Draghi. Er sprach von einem „effektiven Schutzschild" für den Euroraum gegen Stürme an den Märkten. Das durch die Anleihekäufe geschaffene zusätzliche Geld will die EZB dem Bankensystem sofort wieder entziehen, indem sie sich von den Banken Geld leiht; die Anleihekäufe würden die Geldmenge also nicht erhöhen. Die EZB lies ihren Leitzins mit 0,75 Prozent unverändert.

Der Chef der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, der ausnahmsweise an der Ratssitzung der EZB teilnahm, berichtete, diese sei friedlich verlaufen und „gut" gewesen. Er verneinte die Frage, ob es wie von ihm vorher vermutet Ärger gegeben habe. Vor der Sitzung hatte er gesagt: „Wenn ich irgendwo bin, dann gibt es meistens Ärger."

Die Bundesregierung kommentierte die EZB-Entscheidung am Donnerstag nicht. Der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Michael Meister (CDU) sagte, er sehe die Gestaltung des Programms „sehr positiv". Die Anleihekäufe seien an strikte Bedingungen geknüpft. „Das ist eine doppelte Botschaft." Die vereinbarten Bedingungen könnten als Erfolg für Weidmann gewertet werden, sagte Meister. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2; siehe Seite 12 sowie Wirtschaft, Seiten 13, 15 und 28.)*

„Fracking" nur unter strengen Auflagen

Umweltbundesamt empfiehlt Zurückhaltung / Altmaier: Gründlichkeit vor Eile

jch. BERLIN, 6. September. Das sogenannte Fracking, die Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten, soll in Deutschland nur unter strengen Auflagen erlaubt werden. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten von Umweltbundesamt (UBA) und Bundesumweltministerium. „Auf Basis dieses Gutachtens empfiehlt das Umweltbundesamt, derzeit von einem großflächigen Einsatz abzusehen", sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth am Donnerstag in Berlin, der das Gutachten gemeinsam mit Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) vorstellte. Mit der „Fracking"-Methode wird Gas aus Schiefergestein gefördert. Dabei wird eine Mischung aus Sand, Wasser und Chemikalien unter hohem Druck in das Gestein gepresst, wodurch Risse entstehen, die das Gas entweichen lassen. Nach dem Gutachten kann dies zu Verunreinigungen im Grundwasser führen. Insbesondere wegen des Einsatzes von Chemikalien und der Entsorgung des anfallenden Abwassers berge es erhebliche Risiken.

Das Gutachten rät nicht zu einem generellen Verbot, aber zu einem Verbot in Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten. Weiter empfiehlt es, die Förderung unter strengen Umweltverträglichkeitsprüfungen und schrittweise erfolgen zu lassen. „Den Vorschlag, eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen, halte ich für besonders wichtig. Unsere Trinkwasserressourcen dürfen wir nicht gefährden", sagte Flasbarth. „Für mich geht Gründlichkeit auch in diesem Bereich vor Eile", sagte Altmaier. Sämtliche Bedenken müssten vor einem Einsatz ausgeräumt sein. Das Gutachten sei eine „exzellente Basis" für Gespräche mit allen Beteiligten.

Die Grünen verlangten ein Moratorium für die Fördermethode. „Durch diesen Schritt könnte Altmaier die von Wirtschaftsminister Rösler und seinem Amtsvorgänger hinterlassenen Trümmer wegräumen und Vertrauen wiedergewinnen", sagte der energiepolitische Sprecher der Grünen, Oliver Krischer. Der Naturschutzbund Deutschland schloss sich dieser Forderung an. „Der Goldgräberstimmung zur Ausbeutung fossiler Energien in Deutschland muss mit einem Fördermoratorium Einhalt geboten werden", sagte Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Im Dezember soll sich ein Expertenforum mit dem „Fracking" befassen, bevor eine gesetzliche Regelung auf den Weg gebracht werden soll. *(Siehe Seite 4; Kommentar Seite 12.)*

Viele Tote bei Schiffbruch vor türkischer Küste

ISTANBUL, 6. September (dpa). Bei einem Bootsunglück vor der türkischen Küste sind am Donnerstag mindestens 58 Menschen ertrunken. Das Schiff, das vor allem Syrer, Palästinenser und Iraker an Bord hatte, sei südlich von Izmir auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken, berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu. Viele der Menschen an Bord seien im Laderaum gefangen gewesen und mit dem Schiff untergegangen. Der Kapitän und ein Matrose wurden festgenommen. Die Fahrt sei von Menschenschmugglern organisiert worden, berichteten türkische Medien. Das nur 15 Meter lange Boot soll insgesamt mehr als 100 Menschen an Bord gehabt haben, unter ihnen viele Frauen und Kinder. Mehr als 40 Menschen überlebten das Unglück, weil sie die etwa 50 Meter bis zur Küste schwammen oder aus dem Wasser gezogen wurden. Laut der türkischen Polizei sagten Überlebende des Unglücks, dass ihnen eine Passage in die EU versprochen worden sei. Im Mittelmeer kommen immer wieder Flüchtlinge ums Leben, die in alten oder nicht seetüchtigen Booten auf dem Weg nach Europa sind.

Koalition plant zweiten Nachtragshaushalt

ban. BERLIN, 6. September. Die Koalition aus Union und FDP wird einen weiteren Nachtragshaushalt 2012 vorlegen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Kauder teilte mit, es gehe um 1,6 Milliarden Euro zusätzliche Einlagen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) und um 580 Millionen Euro zum Ausbau von Ganztagseinrichtungen. Die parlamentarischen Beratungen darüber sollten zusammen mit den Beratungen über den Bundeshaushalt 2013 verbunden werden.

Kennt Not kein Gebot?

Von Holger Steltzner

Warum soll es beim dritten Anlauf klappen? Weil die Europäische Zentralbank jetzt bereit sei, ohne Limit Staatsanleihen aus den Euro-Krisenstaaten zu kaufen, sagt ihr Präsident Draghi. Aber auch zweihundert Milliarden ist Geld. Für diesen Betrag hatte die EZB in den Jahren 2010 und 2011 bereits Staatsanleihen gekauft, um in fünf Krisenstaaten die Zinsen zu drücken. Doch vier dieser Länder flüchteten unter den „Rettungsschirm". Draghi legt nach: Von nun an kaufe die EZB nur, wenn ein Krisenstaat Hilfe vom Euro-Krisenfonds in Anspruch nehme oder andere Auflagen akzeptiere. Auch solche Versprechen sind nicht neu. Die „Retter" pochen schon seit Jahren auf Strukturreformen, die Empfänger versprechen diese, liefern jedoch oft nicht. Was will die EZB denn tun, wenn etwa in Italien die oft versprochene Lockerung des Kündigungsschutzes ausbleibt? Verkauft sie dann italienische Anleihen? Das kann sie nicht, nimmt sie ihr eigenes Argument ernst, dass in der Eurozone die Geldpolitik nicht mehr richtig funktioniere.

Die Zentralbank verheddert sich in ihrer eigenen Begründung, weil sie sich zur Gefangenen der Politik gemacht hat. Indem sie bereitwillig die ihr angetragene Rolle des Ausputzers für das politische Versagen der „Euro-Retter" spielt, kann sie aus dem Kaufprogramm nicht wieder aussteigen. Die Regierungschefs aus dem Süden der Eurozone dürfen sich freuen, sie können sich weiter zu niedrigen Zinsen verschulden und brauchen sich nicht um Investoren kümmern. Aber auch die führenden Politiker aus dem Norden sind zufrieden, sie können sich hinter der EZB verstecken und brauchen etwa den Bundestag nicht mit der unbequemen Frage nach abermaliger Aufstockung der Haftung für Deutschland zu behelligen.

In der Eurozone gibt es nun keine Grenze mehr zwischen Geld- und Fiskalpolitik. Das können auch die an den Haaren herbeigezogenen Gründe, wonach der Kauf von Staatsanleihen vom Mandat der EZB angeblich gedeckt ist, nicht verbergen. Das Ziel ist die Rettung des Euro durch Finanzierung von Schuldenstaaten, damit die Eurozone nicht zerfällt. Erst fiel das Bail-out-Verbot von Staaten im EU-Vertrag, jetzt das Verbot der monetären Staatsfinanzierung im Statut der EZB. Not kennt kein Gebot – gilt das von heute an auch für den Bürger? Man darf gespannt sein, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt.

Obamas Angebot

Von Matthias Rüb

Präsident Barack Obama bewirbt sich um eine zweite Amtszeit. Er will das Land davor bewahren, zurückzufallen: „Vorwärts" lautet das Motto seines Wahlkampfs. Es ist ausgeschlossen, dass er wie vor vier Jahren auf der Welle eines diffusen Enthusiasmus ins Weiße Haus getragen wird. Fast zwei Drittel der Wähler sehen das Land auf dem falschen Weg. Der Wahlausgang wird knapp werden.

Die oppositionellen Republikaner haben in den vergangenen Wochen dem Publikum wiederholt jene Frage gestellt, die seit Reagan zum Inventar jedes Herausforderers gehört: Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren? Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Mehr Amerikaner sind heute arbeitslos als bei Obamas Amtsantritt im Januar 2009; das Durchschnittseinkommen ist zurückgegangen; die Staatsschuld beträgt heute sage und schreibe 16 Billionen Dollar. Der durchschnittliche Wert eines Eigenheims dagegen ist gesunken; noch immer ächzen elf Millionen Hausbesitzer unter einer Hypothekenlast, die über dem Marktwert ihrer Immobilie liegt. Die Armut im Lande steigt.

Der Präsident und seine vielen Fürsprecher auf dem Parteitag in Charlotte haben argumentiert, dass nach Finanzkrise und Rezession kein Sterblicher binnen vier Jahren den enormen Schaden hätte beheben können. Ohne die entschlossenen Schritte des frisch vereidigten Präsidenten und der Demokraten im Kongress wäre alles noch viel schlimmer gekommen. Tatsächlich gelang es Anfang 2009, ein umfangreiches Konjunkturpaket im Schnellgang durch den Kongress zu bringen. Nach Darstellung der Regierung hat es Millionen Beschäftigte vor der Arbeitslosigkeit bewahrt und weiteren Millionen einen neuen Arbeitsplatz verschafft. Obama kann zudem auf die Rettung der Autoindustrie verweisen, die sich erstaunlich schnell erholt hat. Der Preis für die Ankurbelung der Wirtschaft und die Rettung der Automobilindustrie waren offenkundig neue Schulden – aber der Preis habe bezahlt werden müssen, um eine Wirtschaftsdepression zu verhindern.

Obama nennt die Gesundheitsreform, die im Frühjahr 2010 vom Kongress verabschiedet wurde – nicht ein einziger Republikaner stimmte dafür –, sein wichtigstes innenpolitisches Reformvorhaben. Mit Stolz verweist er außerdem auf die uneingeschränkte Zulassung Homosexueller zum Dienst bei den Streitkräften, seit kurzem bekennt er sich zur gleichgeschlechtlichen Ehe. Immerhin lassen sich daran die Konturen einer Vision von Amerika ablesen, die Obama in einer zweiten Amtsperiode vollenden will. Es ist die Vision von einem Land, das niemanden ausschließt, das allen die Chance zum Aufstieg gibt und das die Lasten der Finanzierung eines sozialen Sicherheitsnetzes gerecht verteilt. Die immer kompromissloseren Republikaner sehen darin nur das Schreckgespenst eines sklerotischen Wohlfahrtsstaates europäischen Musters, in dem staatliche Rundumversorgung private Vitalität verdrängt.

Was Obama in einer zweiten Amtszeit konkret tun und erreichen möchte, hat er nicht gesagt. Bisher hat es nur zu dem Gemeinplatz gereicht, die Wirtschaft solle „nachhaltig" wachsen. Wie aber steht es, zum Beispiel, um eine Reform der Einwanderungspolitik, die endlich die Frage regelt, was mit den rund elf Millionen illegalen Immigranten im Land geschehen soll? Gibt es Pläne für eine grundlegende Steuerreform? Was wird aus dem Kampf gegen den Klimawandel?

> Ginge es um Sicherheit und nicht um Wirtschaft, wäre dem Präsidenten die Wiederwahl sicher.

Müssten die staatlichen Versicherungssysteme für das Altersruhegeld und die Gesundheitsversorgung für ältere Leute nicht reformiert werden?

Das Pendel der politischen Ambitionen Obamas ist weit zurückgeschwungen: Aus dem selbsternannten Heiler der Nation und des Planeten ist ein verzagter Einzelhändler politischer Minimalkost geworden. Es muss ja nicht gleich das Versprechen sein, bald einen Menschen auf den Mars zu schicken. Aber etwas mehr als die inhaltsarme Bitte um weitere vier Jahre, um Amerika auch wirklich vorwärtszubringen, sollte es schon sein.

Es ist ein bleibendes Paradox, dass ein Friedensnobelpreisträger im Weißen Haus als jener Präsident in die Geschichte eingehen wird, der gleich zwei neue Formen der unilateralen Kriegsführung zu Grundpfeilern seiner Sicherheitspolitik gemacht hat. Während Obama, wie versprochen, die Truppen aus dem Irak abgezogen und auch das Ende des Krieges in Afghanistan terminiert hat, setzt er im Kampf gegen (mutmaßliche) Terroristen in aller Welt vor allem, ja fast ausschließlich auf Drohnen. Der Angriff mit dem vom Auslandsgeheimdienst CIA entwickelten Computervirus „Stuxnet" gegen iranische Nuklearanlagen dürfte der erste Präventivschlag einer Nation gegen eine andere im Zeitalter der Cyberspace-Kriege gewesen sein. Der erfolgreiche Zugriff einer Spezialeinheit auf den Führer des Terrornetzes Al Qaida, Usama Bin Ladin, vervollständigt das Bild vom entschlossenen Oberbefehlshaber, der stets die nationalen Interessen Amerikas verteidigt. Stünde im Wahljahr 2012 die Sicherheit und nicht die Wirtschaft im Mittelpunkt des Interesses, wäre Obama die Wiederwahl am 6. November sicher.

Briefe an die Herausgeber	9	Deutschland und die Welt	10	Branchen und Märkte	17	Kurse	26
Immobilienmarkt	37	Das Kreuzworträtsel	11	Unternehmen	18	Sport	29
Stimmen der Anderen	2	Zeitgeschehen	12	Markt und Strategie	21	Feuilleton	31
Impressum	4	Wirtschaft	13	Wetter	22	Medien	35
Politische Bücher	8	Menschen und Wirtschaft	14	Finanzmarkt	23	Fernsehen und Hörfunk	36

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft

STREIFZÜGE

Odernheim an der Glan

Wisse die Wege des Herrn

Für Matthias Adams ist der Disibodenberg ein besonderer Ort. Hier im Tal der Nahe hat er den alten Weinberg der Benediktinermönche des Klosters Disibodenberg zusammen mit seiner Frau wieder zum Leben erweckt. Die dort produzierten Rieslingweine gehören zu den Spitzengewächsen dieses kleinen Anbaugebiets. Der Familie seiner Frau gehört der frühere Wirtschaftshof des Klosters, das in der katholischen Welt ein besonderer Ort sind. Denn in dem Kloster Disibodenberg verbrachte Hildegard von Bingen als Nonne einen großen Teil ihres Lebens.

Zum Erhalt der ihrer Familie gehörenden Klosterruine gründeten Adams Schwiegermutter Ehrengard Freifrau von Racknitz und ihr verstorbener Ehemann 1989 eine Stiftung mit dem Namen „Scivias". Das Land Rheinland-Pfalz unterstützte die Stiftung 1998 mit rund 350 000 Euro zur Sanierung der Ruine und den Bau eines Besucherzentrums mit Museum. Die Stiftung verpflichtete sich im Gegenzug dazu, die an sie verkaufte Klosterruine 30 Jahre lang für Besucher offen zu halten. Doch seit dem Herbst 2011 häufen sich die Klagen in der Region um Odernheim an der Glan über das Verhalten Adams, der seit Ende 2010 Stiftungsvorstand ist. Besucher klagten, dass ihnen der Zugang zum Kloster verwehrt werde, da der Kassenautomat oft defekt sei. Die Toiletten in dem Besucherzentrum seien verschlossen und würden nur auf Anfrage geöffnet. Auch das Museum ist seit März 2011 dicht. Der Sache politisch angenommen hat sich die CDU-Landtagsabgeordnete Bettina Dickes. Sie vermutet, dass Adams die lästigen Touristen los werden wolle. Als jetzt bekannt wurde, dass Adams sich schon Ende 2011 das Grundstück der Klosterruine hatte rückübertragen lassen, witterte die CDU-Frau einen politischen Skandal. Ihr scheine es, als wolle sich der Ex-Banker an der mit staatlichen Geldern geförderten Klosterruine bereichern. Kulturstaatssekretär Walter Schumacher (SPD) wirft sie Tatenlosigkeit vor. Adams selbst zeigt sich genervt über die „Nickligkeiten". Die Anlage am Kloster sei in einem „tadellosen Zustand", seine Familie habe über die Jahre ein „Millionen-Vermögen" in den Erhalt des Denkmals gesteckt. Doch jetzt sei die Grenze erreicht, seine Frau und er könnten den touristischen Betrieb nicht länger parallel zum Weingut stemmen. Ihm wäre es am liebsten, dass er zwar das Grundstück behalte, aber sich jemand anders um die Klostertouristen kümmere. Und auch der Zugang über sein Weingut müsse verlegt werden. Um eine Lösung zu erreichen, hat Schumacher für den 24. September zum runden Tisch eingeladen. THOMAS HOLL

Foto dpa

Die Klosterruine

Heute

Karteileichen im Keller

Politiker der Linkspartei aus dem Osten fordern von ihren Kollegen aus dem Westen mehr Respekt. Und die Partei muss ihre Mitgliederzahl korrigieren – wegen säumiger West-Mitglieder. **Politik, Seite 5**

Brief aus dem Gefängnis

Julija Timoschenko hat an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz geschrieben: Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine solle nicht blockiert werden, denn damit bestrafe man das ganze Land. **Politik, Seite 6**

Die Macht des Bösen

Nach der Wiedervereinigung sollte die Treuhandanstalt die Betriebe in der ehemaligen DDR privatisieren oder abwickeln. Finanziell war das kein Erfolg, emotional oft ein Desaster. **Politische Bücher, Seite 8**

Vier Morde in den Alpen

Beim Lac Annecy in den französischen Alpen wurden in einem Auto Mordopfer gefunden. Dass ein vier Jahre altes Mädchen überlebte, übersah die Polizei viele Stunden. **Deutschland und die Welt, Seite 11**

Kontinuität russischer Justiz

Erst Michail Chodorkowskij, heute die Punkband Pussy Riot: Bei beiden Verfahren war der innenpolitische Nutzen für Putin größer als der außenpolitische Kollateralschaden. **Zeitgeschehen, Seite 12**

Merkel lobt „mit großer Achtung" Rajoys Reformen

Gemeinsames Bekenntnis zu Euro und zu „europäischem Projekt" / Die Kanzlerin in Madrid

wie. MADRID, 6. September. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich am Donnerstag in Madrid beeindruckt von den Reformen und der Konsolidierungspolitik des spanischen Ministerpräsident Mariano Rajoy gezeigt. Im Anschluss an eine zweistündige Unterredung sagte sie: „Ich habe große Achtung für das, was in Spanien geschieht." Auch Rajoy, der in diesem Herbst möglicherweise ein zweites Rettungspaket der Europäischen Union – nach der 100-Milliarden-Euro-Hilfszusage für die Banken – beantragen muss, kennzeichnete seine „Reformagenda" als das „Gütesiegel" seines Mandats. Sie demonstriere deutlich das Verantwortungsbewusstsein und den Veränderungswillen Spaniens.

Die beiden Politiker traten in Madrid zum gleichen Zeitpunkt vor die Journalisten, als in Frankfurt der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi zwar mögliche unbegrenzte Käufe spanischer und anderer Staatsanleihen von Krisenländern in Aussicht stellte, derlei aber von einem vorherigen offiziellen Hilfsantrag der jeweiligen Regierung abhängig machte. Rajoy vermied es auch nach einem direkten Hinweis auf Draghis Ankündigung, diese zu bewerten. Die Kanzlerin sagte, dass man weder über einen zweiten Rettungsschirm noch über diesbezügliche Bedingungen, wohl aber über die Sanierung und Rekapitalisierung der spanischen Banken gesprochen habe.

Gemeinsam bekannten sich die Regierungschefs abermals zum Euro und zu dem „europäischen Projekt". Angela Merkel sagte, sie fühle sich „zutiefst dem Schutz unserer gemeinsamen Währung verpflichtet". Was die EZB anging, so sagte sie, dass diese „unabhängig agiert" und „für die Geldwertstabilität zuständig" sei. Die Politiker müssten wiederum ihre Hausaufgaben machen, weil „die EZB die politische Aktion nicht ersetzen" könne. Dazu gehöre, so ergänzte Rajoy, das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen, indem die Unsicherheiten in der Eurozone und die Zweifel an der gemeinsamen Währung zerstreut würden. Die Bundeskanzlerin sagte schließlich voraus, dass „Europa stärker aus dieser Krise herauskommen wird, als es hineinging".

Unmittelbar vor der Zusammenkunft Merkels und Rajoys versicherte Wirtschaftsminister Luis de Guindos auf einem parallel organisierten deutsch-spanischen Wirtschaftsgipfel mit mehr als hundert Unternehmern, Bankern und Gewerkschaftsvertretern in Madrid, dass „Spanien jetzt tut, was Deutschland vor zehn Jahren getan hat". Er bezog sich dabei auf die Strukturreformen (Arbeitsmarkt, Finanzsektor) und die Konsolidierungsmaßnahmen, welche die Regierung Rajoy seit ihrem Amtsantritt im vorigen Dezember eingeleitet hat. De Guindos bezeichnete die spanische Wirtschaft trotz aller Schwierigkeiten und der hohen Arbeitslosigkeit als „wettbewerbsfähig und nachhaltig" und fügte hinzu: „Kein anderes Land der OECD hat eine so tiefgreifende und rasche Anpassung durchgesetzt." Während die spanischen Gastgeber, so Industrieminister José Manuel Soria, bei ihren Besuchern um mehr Kooperation und Investitionen warben und das Thema einer möglichen „zweiten Rettungsaktion" für das Land vermieden, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel, dass es in Deutschland „kritische Stimmen" zum Euro gebe. Die deutsche Industrie sei jedoch „klar für den Euro" und die Bewahrung der gegenwärtigen gemeinsamen Währungszone „ohne Ausschluss Griechenlands".

De Guindos äußerte die Erwartung, dass es die „Solidarität in Europa" und konkrete Schritte zur Fiskal- und Bankenunion auch Spanien bald wieder erlauben würden, wirtschaftlich zu wachsen. Die Regierung und auch die finanziell bedrängten Regionen und Kommunen des Landes seien zugleich einer strikten Haushaltsdisziplin verpflichtet. Das spanische Defizit solle von noch mehr als neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes im vorigen Jahr auf nur noch 2,8 Prozent im Jahr 2014 gesenkt werden. Als Beleg für die Dynamik der spanischen Wirtschaft und ihre Expansionsmöglichkeiten vermerkte er die Entwicklung der spanischen Exporte, die seit dem Jahr 2001 um rund 70 Prozent gestiegen seien. *(Kommentar Seite 12.)*

Szenen einer Krise: *Merkel und Rajoy am Donnerstag vor dessen Amtssitz* Foto Getty

Fortsetzung von Seite 1

EZB beschließt Anleihekäufe ohne Obergrenze

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sagte, Anleihenankäufe könnten „niemals eine dauerhafte Lösung sein". Strukturreformen müssten weiter Priorität haben. „Umso wichtiger ist es, die jetzt vorübergehenden Anleihenankäufe an Bedingungen zu knüpfen und die Bedingungen für die einzelnen Länder auch schnell genau festzulegen."

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte am Mittwochabend im ZDF gesagt: „Ich bin ganz sicher, der EZB-Rat weiß, das Mandat der EZB ist auf die vorrangige Sicherung der Preisstabilität konzentriert. Staatsfinanzierung ist nicht Aufgabe der Zentralbank." Schäuble wollte dies Äußerung als Unterstützung für Bundesbankpräsident Weidmann verstanden wissen. Er kritisierte, dass nach EZB-Sitzungen Abstimmungsergebnisse mitgeteilt würden; die Spekulationen darüber dienten nicht der Unabhängigkeit der Notenbank. Schäuble sagte weiter: „Wenn wir einmal anfangen würden, Staatsverschuldung mit der Notenbankpresse zu finanzieren, kämen wir auf eine schiefe Ebene." Die einzige Lösung sei, dass die Mitgliedstaaten ihre Verschuldung zurückführten.

Die SPD kritisierte die Ankündigung der EZB scharf. „Die EZB kann mit dem angekündigten Programm künftig Volumen bewegen, die ein Vielfaches der von den Parlamenten beschlossenen Obergrenzen betragen. Die Risiken dieser Operationen werden aber am Ende vom Steuerzahler getragen, in Deutschland zu 27 Prozent", sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Carsten Schneider. „Dies steht im krassen Gegensatz zum bisherigen Mandat der EZB und der Tradition der auf Geldwertstabilität ausgerichteten Politik der Bundesbank." Schneider kritisierte, dass dies ohne Debatte im Bundestag geschehe. Die SPD werde diese schleichende Entmachtung der Parlamente nicht akzeptieren. Bundeskanzlerin und Finanzminister müssten sich „diesen Schwenk legitimieren lassen".

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin machte die Bundesregierung für die Entscheidung der EZB verantwortlich. Die Bundeskanzlerin habe Draghi gezwungen, diesen Weg zu gehen, da sie sich dem Vorschlag verweigert habe, die Schulden der Krisenländer in einen begrenzten Altschulden-Tilgungsfonds aufzunehmen. Während eine solche Vergemeinschaftung der Schulden die Möglichkeit geboten hätte, den Krisenländern strikte Sparauflagen zu machen, müsse nun die EZB ohne Auflagen unbegrenzt für die Anleihen haften.

Tschechische Regierung ringt um Mehrheit für ihr Steuerpaket

Abstimmung mit Vertrauensfrage verknüpft

kps. PRAG, 6. September. Die tschechische Regierung hat am Donnerstag beschlossen, ihr Steuerpaket abermals dem Parlament vorzulegen und die Abstimmung mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Am Mittwochabend war das Paket, das höhere Steuern vorsieht, im Abgeordnetenhaus gescheitert, weil sechs Abgeordnete der konservativen ODS mit der linken Opposition stimmten. Der Koalitionsregierung gehören die ODS, die konservative TOP 09 und die Fraktion Lidem an. Gegenwärtig verfügen die Regierungsparteien nur über 100 der 200 Mandate. Unabhängige und Überläufer aus den Reihen der Opposition sicherten ihr bisher jedoch die Mehrheit.

Das Steuerpaket war im Juli mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungsparteien angenommen worden. Da der von den Linksparteien dominierte Senat ein Veto einlegte, war eine zweite Abstimmung nötig geworden. Die Annahme des Steuerpaketes ist die Voraussetzung der Verabschiedung des Budgets 2013, das die Neuverschuldung unter das Maastricht-Kriterium von drei Prozent des BIP drücken soll. Der Budgetentwurf rechnet mit Mehreinnahmen in Höhe von 1,12 Milliarden Euro, die hauptsächlich durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent sowie die Einführung einer Reichensteuer erzielt werden sollen. Diese Maßnahmen waren in der Koalition von Anfang an umstritten gewesen. Finanzminister Miroslav Kalousek (TOP 09) sprach von einem „sehr brüchigen Kompromiss". Das Wahlprogramm der ODS, auf das sich die sechs Abweichler berufen, hatte Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode ausgeschlossen. Präsident Václav Klaus, der den EU-Fiskalpakt grundsätzlich ablehnt, kündigte an, dass er das Gesetz nicht unterschreiben werde. TOP 09 und Lidem hingegen betrachten es als unerlässlich, um die Vorgaben des Fiskalpaktes zu erfüllen.

Inner- und außerhalb der ODS hört man jedoch, dass es den sechs Rebellen weniger darum gehen könnte, Steuererhöhungen zu verhindern, als den Ministerpräsidenten und ODS-Vorsitzenden Petr Nečas zu schwächen, der im Herbst als Parteivorsitzender wiedergewählt werden möchte. Einige der Rebell-Übertläufern könnten zudem von Ermittlungen betroffen sein, die wegen des Verdachtes der Veruntreuung von Steuergeldern im Gesundheitswesen angeordnet wurden. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Bohumil Sobotka beschuldigte die ODS, mit ihren internen Querelen die Koalition zu lähmen. Der einzige Ausweg sei Neuwahlen, die schon Anfang nächsten Jahres gemeinsam mit der Direktwahl des tschechischen Präsidenten stattfinden könnten.

Ministerpräsident Nečas kündigte indes neue Verhandlungen in der Koalition an. Er will dem Parlament eine leicht modifizierte Fassung des Steuerpakets vorlegen. Die mit der Vertrauensfrage verbundene Abstimmung, ein Novum in der Geschichte des tschechischen Parlamentarismus, könnte unter Berücksichtigung der parlamentarischen Fristen frühestens Anfang Dezember stattfinden.

Sozialdemokraten gewinnen hinzu

Niederländische Euroskeptiker verlieren in Umfragen

anr. DEN HAAG, 6. September. Wenige Tage vor der vorgezogenen Parlamentswahl gewinnen die niederländischen Sozialdemokraten massiv an Zustimmung. Nach überzeugenden Auftritten in mehreren Fernsehdebatten gilt der Spitzenkandidat Diederik Samsom nun als ernstzunehmender Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten. Eine am Mittwochabend vorgestellte Umfrage sieht die Rechtsliberalen des amtierenden Regierungschefs Mark Rutte nur noch zwei Parlamentsmandate vor den Sozialdemokraten. Sollten sich die jüngsten Umfragewerte bei der Wahl am Mittwoch bestätigen, bedeutete das eine herbe Enttäuschung für die Sozialistische Partei. Die Partei, die derzeit die fünftgrößte der elf Fraktionen im Abgeordnetenhaus stellt, hatte seit Monaten in allen Umfragen etwa gleichauf mit, bisweilen sogar vor Ruttes Rechtsliberalen gelegen. Doch der Spitzenkandidat Emile Roemer, der die Fraktion seit 2010 führt, konnte seine Beliebtheitswerte nicht über die Fernsehdebatten retten.

Foto Reuters

Diederik Samsom

Die Sozialisten setzen im Wahlkampf unter anderem auf Euroskepsis. Dabei fordern sie zwar nicht wie der nach wie vor erfolgreiche Rechtspopulist Geert Wilders den sofortigen Austritt aus der EU. Sie stimmten aber im Parlament gegen die Einrichtung des dauerhaften Euro-Krisenfonds ESM und sprechen sich gegen den Fiskalpakt aus, den sie dem Volk in einem Referendum vorlegen wollen. Ihren nationalen Durchbruch hatten die Sozialisten 2005 mit der Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag erreicht. Doch nun trauen viele Wähler, die vor kurzem noch Roemer wählen wollten, es offenbar doch eher dem Sozialdemokraten Samsom zu, das Land aus der Krise zu steuern. Wie Roemer spricht sich Samsom dagegen aus, die Neuverschuldung durch ein ambitioniertes Sparprogramm schon 2013 wieder unter die europäische Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Er will dazu im Einvernehmen mit den europäischen Partnern eine Ausnahmeregelung für die Niederlande aushandeln, wie sie beispielsweise dem Krisenland Spanien zugebilligt wurde. Roemer setzt dagegen auf Konfrontation mit Brüssel, wobei er der EU unterstellt, immer tiefer in die Sozialpolitik der Nationalstaaten hineinregieren zu wollen.

Samsom bekannte sich in den Fernsehdebatten ausdrücklich dazu, Griechenland weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Das schließen nicht nur Wilders und Roemer, sondern auch Ministerpräsident Rutte aus. Rutte wurde auch von möglichen Koalitionspartnern aus der Mitte des politischen Spektrums heftig dafür kritisiert. Er hatte in einer Fernsehdebatte am Dienstagabend klar die Frage verneint, ob die Niederlande „bis zum Äußersten gehen sollten, um die Eurozone zusammenzuhalten". Zuvor hatte er sich bereits abschätzig über südeuropäische Regierungschefs geäußert, die ohne Druck des Nordens keine Reformanstrengungen unternähmen. Damit scheint Rutte verhindern zu wollen, im rechten Lager Wähler an Wilders zu verlieren. In Koalitionsverhandlungen dürfte er jedoch nicht umhinkommen, auf linke Parteien zuzugehen, denn die von Rutte bevorzugten Christlichen Demokraten werden voraussichtlich nur noch als Kleinpartei ins Parlament einziehen. Weniger wahrscheinlich, aber nicht unmöglich erscheint derzeit auch ein linkes Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten, Sozialisten und kleineren Mitte-links-Parteien.

Foto Edgar Schoepal

Emile Roemer

STIMMEN DER ANDEREN

Ein neuer Kalter Krieg?

„Jyllands-Posten" (Århus) befasst sich mit der China-Reise der amerikanischen Außenministerin Clinton:

„Hillary Clinton ist zum vermutlich denkbar schwierigsten Zeitpunkt nach China gekommen. Ihr Besuch hat für verstärkte Unruhe beim Konflikt zwischen den Chinesen, Japan, Taiwan und einer Reihe südostasiatischer Staaten über territoriale Forderungen Pekings . . . gesorgt. . . . Dieser Konflikt ist ein klares Signal für die Konkurrenz in Asien sowie für die Furcht vor Chinas Wirtschafts- und Militärmacht. Die steht auch hinter den neuen Asien-Aktivitäten der amerikanischen Außenpolitik. Schlimmstenfalls kann dies zu einem neuen Kalten Krieg . . . führen."

Es gibt keine Garantien

„Der Tagesspiegel" (Berlin) verweist auf einen Aspekt im Zusammenhang mit dem Streik bei der Lufthansa:

„Nur wenige ehemalige Staatsairlines fliegen Gewinne ein. Der Vorstand der Lufthansa AG steht also unter Druck, die Kosten zu senken. Andernfalls werden mehr und mehr Anleger die Aktie verkaufen, die Lufthansa würde an der Börse noch billiger und damit am Ende zum Ziel einer Übernahme – durch eine Petrodollar-Airline vom Golf, einen chinesischen Staatsfonds vielleicht? Noch könnte der Bund so eine Komplettübernahme mit ein paar juristischen Tricks vereiteln. Aber will und soll er das überhaupt? Kein Lufthanseat sollte sich darauf verlassen, dass diese Bundesregierung sich aus nostalgischen Gründen weiter schützend vor die Lufthansa stellt."

Das Angebot ist verhandelbar

Die „Sächsische Zeitung" (Dresden) sieht es so:

„Klingt doch nicht schlecht: 3,5 Prozent mehr Lohn, Verzicht auf Leiharbeit, betriebsbedingte Kündigungen und befristete Arbeitsverträge. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die Gewerkschaft Ufo das Lufthansa-Angebot für ihre Flugbegleiter nicht als Gesprächsgrundlage akzeptiert und stattdessen zum Streik aufruft. Natürlich hat die Offerte Tücken wie etwa eine Arbeitszeiterhöhung. Doch sie ist verhandelbar."

Versprechungen nicht gehalten

„Libération" (Paris) befasst sich mit dem Wahlkampf in den Vereinigten Staaten:

„Der junge schwarze Präsident hat enttäuscht, und sein berühmtes ‚Yes we can' hat die Versprechungen nicht gehalten. Über vier Jahre ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, die amerikanischen Schulden sind explodiert, und die Unfähigkeit Washingtons, zu reformieren und sich zu reformieren, dauert an. . . . Um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen und im November zu gewinnen, kann Obama seinen Wahlkampf nicht nur gegen Mitt Romney . . . richten. Um Staatschef zu bleiben, wird Obama einen anderen politischen Mut zeigen und seine demokratischen Werte verteidigen müssen."

Obama als fürsorglicher Landesvater

Die „Neue Zürcher Zeitung" meint:

„Ob die Rechnung aufgehen wird, dass die Wähler die schleppende wirtschaftliche Erholung und die schwere Schuldenlast weniger stark gewichten als die Fürsorglichkeit des Präsidenten, ist offen. Die neuesten Wählerumfragen zeigen weiterhin ein Patt, und es bedarf wohl noch größerer Anstrengungen der Demokraten, das Wahlvolk davon zu überzeugen, dass Obama Rezepte für einen wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung in einer zweiten Amtszeit hat. Solange dies nicht geschieht, sind die Arbeitslosenzahlen für den Wahlkampf der Republikaner eine äußerst wirksame Waffe."

Noch ein weiter Weg

Die „Stuttgarter Nachrichten" meinen zum Radverkehrswegeplan von Minister Ramsauer:

„Jetzt hat auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer den Radverkehr entdeckt. Alles soll besser werden. Wird nur ein Teil davon Realität, dürften sich Radfahrer in Deutschland bald wie im Schlaraffenland fühlen. Die Realität ist freilich eine andere. Noch immer ist das Radwegenetz verglichen mit Ländern wie der Schweiz, Dänemark oder Holland lückenhaft und die Beschaffenheit meist von mäßiger Qualität. Bis zur schönen neuen Radfahrwelt ist es noch ein weiter Weg. Das soll aber kein Alibi für Radmuffel sein. Auch auf schlechten Wegen lässt sich gut Rad fahren."

Wohltuend sachlich

Die „Lausitzer Rundschau" (Cottbus) meint:

„In dieser Situation ist das neue Radverkehrskonzept der Bundesregierung ein wohltuend sachlicher, weil pragmatischer Beitrag. Auf die abschreckende Helmpflicht wird verzichtet und stattdessen ein planmäßiger Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur versprochen. Richtigerweise setzt man dabei in den Städten vor allem auf Streifen, die auf die Fahrbahnen gemalt werden. Das ist auch sicherer. Ebenso richtig ist es, außerorts gering befahrene Straßen als Alternative zum gesondert ausgebauten, luxuriösen Radweg ins Auge zu fassen, um die Kosten in Grenzen zu halten."

Viel Tamtam, wenig Geld

Das „Obermain-Tagblatt" (Lichtenfels) kritisiert:

„Der Verkehrsminister möchte den Nahverkehr stärker aufs Rad verlagern. In Deutschland aber wird das Radeln nie so populär werden wie in den Niederlanden oder in Dänemark. So macht Ramsauer zwar viel Tamtam ums Rad, will für dessen Infrastruktur aber möglichst wenig Geld ausgeben; denn sein Budget braucht er für Autobahnen, den Milliarden verschlingenden, nicht fertig werdenden Berliner Hauptstadtflughafen und die Bahn. Der ungeliebte Radler darf Feigenblatt für ein bisschen Umweltschutz im Verkehr spielen."

Wo bleibt die Infrastruktur?

Die „Rhein-Zeitung" (Koblenz) sieht es so:

„Wer Menschen aufs Rad bringen will, muss sich zunächst um die Infrastruktur kümmern. Auf dem Papier fordert Ramsauer mehr Radler, kürzt aber beständig die Mittel zum Ausbau der strukturellen Grundlagen. Ein Blick nach Dänemark zeigt, wie gern die Bevölkerung Rad fährt, wenn die Radwege es auch ermöglichen. Wer hierzulande – und vor allem auf dem Land – mit dem Rad zur Arbeit fährt, darf mitunter froh sein, wenn er heil ankommt."

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf richtigem Weg

Für die spanische Regierung Rajoy war der Donnerstag kein schlechter Tag: Sie bekam die ersehnte Zinsentlastung von der EZB in Aussicht gestellt – politisch zollte ihr die Kanzlerin Applaus. Es wird sich freilich noch zeigen, ob die Hilfe aus Frankfurt nicht in Wirklichkeit ein Danaergeschenk ist. Schließlich hatte das Land schon mal eine weit höhere Zinslast zu tragen; und als die Zinsen nach der Euro-Einführung drastisch fielen, bildete sich eine riesige Blase. Die ist geplatzt, und nun müssen die Spanier Opfer bringen – sie müssen büßen für schlimme Fehler von Regierungen und für eigenen Leichtsinn. So ist das eben. Dass der Konservative Rajoy entschlossen ist, den Weg der Haushaltskonsolidierung und der Strukturreformen fortzusetzen, verdient – siehe Kanzlerin Merkel – rundheraus Anerkennung. Zweifellos ist der Widerstand im Land groß. Aber es gibt keine Abkürzung zu einem prosperierenden Spanien, das sich im globalen Wettbewerb behauptet. Und es gibt ja schon die ersten Zeichen, die hoffnungsvoll stimmen, etwa beim Export. Hier winkt der erste Lohn für den Mut zu fundamentaler Reform. K.F.

Glaubensfragen

Der Streit über die Berliner „Übergangsregelung", die Beschneidungen straffrei stellen soll, zeigt dem Bundestag, wie schwierig es sein wird, diesen Konflikt dauerhaft zu lösen. Wenn die Auflagen, die jetzt in Berlin gelten sollen, „nicht in der Absicht, aber im Ergebnis" antisemitisch sind, wie die Berliner Jüdische Gemeinde kritisiert, bleiben nicht mehr viele Möglichkeiten, das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit der Kinder zu schützen, ohne sich den Vorwurf des Antisemitismus einzuhandeln. Gelingt es aber nicht, sich auf klare Auflagen zu einigen, wird auch den Jüdischen Gemeinden nicht geholfen sein – denn dann schützt auch ein Gesetz nicht vor Ermittlungsverfahren und Strafe. Im Mittelpunkt wird dabei stehen, wer die Beschneidung vornimmt und wie weit die Körperverletzung, die Beschneidung bleiben wird, erträglich gemacht, also so schmerzfrei wie möglich vorgenommen werden kann. Wie auch immer eine Einigung aussehen wird, schon allein die Tatsache eines Kompromisses wird den religiösen Sinn der Beschneidung antasten. Was bleibt sind Glaubensfragen. kum.

Genau!

Dass sich das Klima wandelt, ist eine Tatsache. Wer daran zweifelt, dass diese Erderwärmung einzig und allein Menschenwerk sei, gilt als Häretiker. Und wer nicht daran glaubt, dass die Menschheit, wenn sie denn „schuldig" ist, mit politisch-wirtschaftlichen Instrumenten wieder ausbügeln könne, was sie da angerichtet hat, steht im Verdacht, ein Defätist zu sein. Was allerdings nicht nur kritischen Beobachtern immer wieder aufstoßen sollte, ist die zahlenmäßige Genauigkeit, mit der die klimapolitischen Szenarios „wissenschaftlich" unterlegt werden. Das fängt an bei der berühmten Zwei-Grad-Erwärmung, jenseits derer angeblich eine Art kleiner Weltuntergang stattfinden wird. Und jetzt ist auch noch genau ausgerechnet worden, was eine globale Energiewende kosten wird: 68 Billionen Dollar. Die Zahl hat zwei Vorteile: sie ist nicht in Euro berechnet, was sofort die Frage nach einem Inflationsausgleich nach sich gezogen hätte; außerdem ist ohnehin niemand in der Lage, sich eine solche Summe vorzustellen. Bleibt nur die klitzekleine Frage, wie global geschafft werden soll, was schon national kaum vorankommt. Nm.

Chodorkowskij Riot

Schöner urteilen mit Putin: Wie der Kreml politische Prozesse nutzt / Von Reinhard Veser

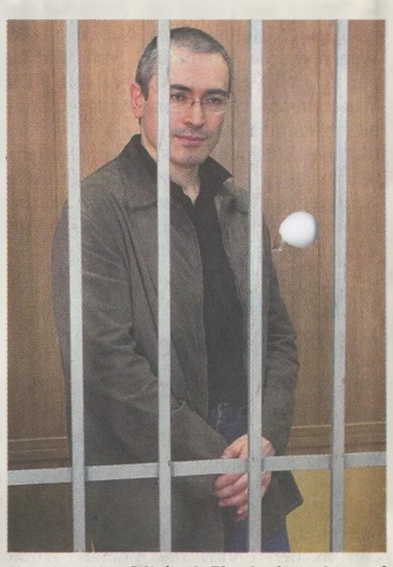
Aus den vielen Prozessen mit politischem Hintergrund in den zwölf Jahren der Herrschaft Putins über Russland ragen zwei heraus: der gegen den Unternehmer Michail Chodorkowskij und der gegen die drei Sängerinnen der Punkband Pussy Riot. Beide wurden in den Augen eines Teils der russischen Öffentlichkeit und vor allem in der internationalen Wahrnehmung zu Symbolen politischer Justiz in Russland – bildlich verkörpert durch die Aufnahmen der Angeklagten, die ihren Prozessen im Gerichtssaal streng bewacht in Käfigen folgen mussten.

> Ob Vergehen verfolgt werden, hängt nicht von der Tat ab, sondern davon, ob das Verfahren politisch opportun ist.

Auf den ersten Blick haben Chodorkowskij und Pussy Riot wenig gemeinsam. Der Oligarch gehörte bis kurz vor seiner Verhaftung im Herbst 2003 mehr als zehn Jahre lang zu den reichsten und mächtigsten Männern Russlands. Er wurde Opfer eines Kampfes um Macht und Einfluss an der Spitze des Landes, seine Verurteilung zu insgesamt 14 Jahren Haft wurde mit Wirtschaftsvergehen begründet. Zum politischen Oppositionellen wurde er erst im Gefängnis. Die drei inhaftierten Pussy-Riot-Mitglieder sind eine Generation jünger, sehen sich als Untergrundkünstlerinnen und gehören zum radikalsten Teil der russischen Opposition, innerhalb deren sie eigentlich nur eine marginale Erscheinung sind. Verurteilt wurden sie wegen „Rowdytums aus religiösem Hass".

So weit die offensichtlichen Unterschiede. Doch zwischen beiden Fällen gibt es eine ganze Reihe von Parallelen. Die erste liegt in den gegen sie erhobenen Vorwürfen: Diese hätten auch in westeuropäischen Rechtsstaaten zu einer Anklage und mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einer Verurteilung geführt. Man kann der russischen Justiz weder bei Chodorkowskij noch bei Pussy Riot vorwerfen, ganz Unschuldige verfolgt zu haben – das ist das Standardargument, mit dem das russische Außenministerium in beiden Fällen Kritik aus dem Ausland zurückweist. Während des Prozesses gegen die Frauen von Pussy Riot zitierte es immer wieder ein deutsches Gesetz, nach dem für eine Aktion wie ihr sogenanntes „Punk-Gebet" im Altarraum der wichtigsten Moskauer Kathedrale hierzulande bis zu drei Jahre Gefängnis drohen könnten. Dass diese Gefahr in der Praxis nicht besteht, spielte dabei keine Rolle: Die zwei Jahre Lager für die drei Frauen, so die indirekte Botschaft, seien im internationalen Normbereich.

Tatsächlich aber war die Reaktion der russischen Staatsgewalt auf [illegible] Aktion, bei der weder Sachschaden entstand noch Menschen gefährdet oder gar verletzt wurden, unverhältnismäßig hart. Dass die Pussy-Riot-Aktivistinnen darin einen Ausdruck von Furcht des Regimes sehen, ist indes wohl Selbstüberschätzung. Vielmehr spricht einiges dafür, dass es sich um eine wohlkalkulierte Reaktion handelt, die zugleich die Legitimität des Regimes stärken und die Opposition schwächen soll. Wären die drei Frauen nicht in Untersuchungshaft genommen und der Prozess über einen einfachen Sachverhalt nicht auf groteske Weise in die Länge gezogen worden, wäre das „Punk-Gebet" eine Fußnote in der Geschichte der Protestbewegung gegen das Putin-Regime geblieben.



Kontinuität: *Michail Chodorkowskij und Pussy Riot hinter Gittern* Fotos AP, AFP

Dafür, dass Pussy Riot so bekannt geworden sind, sorgten auch die russischen Staatsmedien, die die Gruppe nicht etwa totschwiegen, sondern ausführlich – und im Sinne der Anklage zuspitzend – über den Prozess berichteten. Die Wirkung dieser Berichterstattung lässt sich an Umfragen ablesen: Eine überwältigende Mehrheit der Russen hält den Pussy-Riot-Prozess für gerechtfertigt, ein bedeutender Teil auch das Urteil. Das Regime inszenierte sich in einer Angelegenheit, in der sich viele Menschen in ihren – religiösen – Gefühlen verletzt sahen, als Verteidiger von Anstand und einer elementaren Ordnung.

Die damit verbundene Mobilisierung von Zustimmung ist eine weitere Parallele zwischen dem Vorgehen gegen Pussy Riot und gegen Chodorkowskij. Dessen Verhaftung im Herbst 2003 war Teil des Wahlkampfs vor der Dumawahl im Herbst jenes Jahres, die Putin erstmals eine sichere Mehrheit im Parlament brachte: Den Oligarchen wurde damals von einem großen Teil der Bevölkerung die Schuld an all dem gegeben, was im chaotischen ersten Jahrzehnt nach dem Ende der Sowjetunion in Russland falsch gelaufen war. Entsprechend hoch war die Zustimmung in Umfragen, als die Justiz erst Chodorkowskijs Konzern Yukos unter Druck setzte und ihn dann festnahm. Auch wenn der Grund für die Kampagne gegen Chodorkowskij vermutlich ein echter Machtkampf war – ihre Inszenierung als Schauprozess folgte einem klaren Kalkül.

Die Proteste aus dem Ausland waren für das russische Regime bei Chodorkowskij wie bei Pussy Riot allenfalls ein Kollateralschaden, der gegenüber dem innenpolitischen Nutzen kaum ins Gewicht fiel. Die demokratische Opposition konnte damals wie heute nicht anders, als aus prinzipiellen Gründen Partei für diejenigen zu ergreifen, die von der Staatsmacht unter offenkundiger Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze angegriffen wurden. Vor neun Jahren verstärkte das die Isolation der damals ohnehin kleinen und marginalen Gruppe Liberaler – von Putins propagandistischen Hilfstruppen wurde ihnen vorgeworfen, sie verteidigten nur die Interessen korrupter Räuber des Volkseigentums. Nun sind die Führer der seit der manipulierten Dumawahl Ende 2011 erstarkten außerparlamentarischen Opposition in einem ähnlichen Dilemma: Sie können nicht anders, als die Freilassung der Pussy-Riot-Frauen zu fordern, verringern damit aber zugleich ihre Chancen, auch außerhalb des großstädtischen Protestmilieus Rückhalt zu finden.

Mit dem inszenierten Prozess gegen Pussy Riot ist es dem Kreml gelungen, von den eigentlichen Themen und Aktionen der Opposition abzulenken – und das nicht nur in Russland. Auf die unkritische Solidarisierungswelle internationaler Popgrößen mit der Gruppe, durch die der falsche Eindruck erweckt wurde, in Russland würden Musiker allein wegen kritischer Texte verfolgt, folgte auch in Deutschland und anderswo eine nähere Beschäftigung mit Pussy Riot, dem Milieu, aus dem sie stammen, und mit dessen fragwürdigen Manifesten und Aktionen.

Dabei sind Prozesse gegen Pussy Riot wie gegen Chodorkowskij geeignet, den Charakter des russischen Staates als Willkürstaat zu zeigen: Ob Vergehen verfolgt werden, hängt nicht von der Tat ab, sondern davon, ob das Verfahren aus Sicht der Herrschenden politisch opportun oder gar nützlich ist. Und weil das so ist, sind wesentliche Regeln des Rechtsstaates außer Kraft gesetzt: dass Angeklagte unabhängig davon, ob sie schuldig oder unschuldig sind, Rechte haben und dass Strafen verhältnismäßig sein müssen. Zum Vergleich: Im Juni kam die rechte Hand des Führers einer Bande, die einen zwölffachen Mord begangen hatte, mit einer Geldstrafe davon.

Mario DRAGHI Foto Jonas Wresch

Herr der Zäsur

Ruhig, präzise und mit dem Gestus eines weltläufigen Diplomaten: So wie Mario Draghi einmal im Monat die Entwicklungen im Euroraum kommentiert, trat er auch am gestrigen Donnerstag im Frankfurter Eurotower vor die Journalisten. Nur dass der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der gerade 65 Jahre alt geworden ist, diesmal eine Zäsur zu verkünden hatte: Die EZB kauft künftig in großem Stil Anleihen notleidender Eurostaaten auf – zeitlich und finanziell unbegrenzt, allerdings mit Reformauflagen verbunden.

Draghi leitet damit einen institutionellen Wechsel ein, der ihn in die Geschichtsbücher eingehen lassen wird. Schon seine Ankündigung, die EZB werde alles Erforderliche tun, um den Euro zu erhalten, hatte die internationalen Kapitalmärkte bewegt, wie das selten ein einzelner Mann geschafft hat. Schließlich bietet Draghis Kurs die Chance, dass Südeuropas Staaten in der Krise entlastet werden – birgt aber langfristig die Gefahr, dass die Inflation steigt und die Anreize für unsolide Länder verloren gehen, ihren Haushalt zu sanieren.

Draghi ist fest von seinem Kurs überzeugt und lässt sich nicht beirren, auch nicht durch den Widerstand des Bundesbankpräsidenten Jens Weidmann. „I am what I am", zitiert er Gloria Gaynor selbstbewusst. Der habilitierte Ökonom, frühere Goldman-Sachs-Mann und ehemalige Chef der Italienischen Notenbank kannte die Lage, als er sein Amt antrat. Schon unter Vorgänger Jean-Claude Trichet hatte es Streit um die Frage der Anleihenkäufe gegeben. Anfangs versuchte Draghi, mit einer Charmeoffensive die Deutschen für sich zu gewinnen. Er wusste, dass viele der Politik der EZB misstrauten und wollte sie beruhigen. Dafür ließ er sich von einer Boulevardzeitung sogar mit Pickelhaube abbilden, berief sich auf preußische Tugenden wie Sparsamkeit und Disziplin und verkündete: „Deutschland ist ein Vorbild."

Das ist vorbei. Alle Kritik der Bundesbank prallte zuletzt an ihm ab. Er wusste sich schließlich einig mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die hatte zwar Weidmann ihre Unterstützung zugesichert und seinen Kampf für einen stabilen Euro gelobt. Zugleich aber hatte sie in ihrem Sommerinterview hervorgehoben, Draghi bewege sich mit seiner Politik innerhalb des Mandats der Europäischen Zentralbank – und gab ihm damit letztlich recht. Die Kanzlerin war spätestens dann auf Draghis Linie eingeschwenkt, als klarwurde, dass Italien und Spanien mit dem Rettungsfonds ESM schwerlich würden gerettet werden können, Italien aber auch nicht bereit war, grundsätzlich jede Hilfe abzulehnen. Deshalb schien es Merkel angenehmer, Draghis Anleihenkäufe zu unterstützen, als noch einmal für einen größeren Rettungsschirm vor den Bundestag treten zu müssen.

Draghi selbst merkte man den Stress kaum an. Allenfalls als er vergangene Woche das beliebte Notenbanker-Treffen im amerikanischen Jackson Hole mit Golf und gutem Essen absagte, ließ sich erahnen, dass der Posten des EZB-Präsidenten im Augenblick vielleicht doch etwas anstrengend sein könnte.

CHRISTIAN SIEDENBIEDEL

Das aktuelle Buch

Bayern, begehre auf!

Wilfried Scharnagl setzt sich gegen den Berliner und Brüsseler Zentralismus zur Wehr

Um es mit Georg Christoph Lichtenberg zu sagen: Wer zwei Paar Lederhosen hat, mache eins zu Geld und schaffe sich dieses Buch an. Schöner ist schon lange nicht aufgeschrieben worden, wo der Garten Eden liegt. Wer das Glück hat, in Bayern zu leben, kann sich vom Rest des Erlöses – eine Lederhose hat ihren Wert erst mit einer richtigen Patina, es kann also ein ordentlicher Preis verlangt werden – ein, zwei oder drei Maß Bier auf dem Oktoberfest leisten und auf Wilfried Scharnagl anstoßen, den Herold der bayerischen Glorie. Oder, wenn ihm ein unerbittliches Schicksal ein Dasein jenseits der weiß-blauen Grenzen beschieden hat, sich eine Fahrkarte nach Bayern kaufen, eine einfache.

Scharnagl verbindet die Liebeserklärung an sein Land mit einem Aufruf zur Unabhängigkeit Bayerns. In Bayern verbirgt sich auch hinter grimmigen Mienen – Scharnagl ist ein Meister in dieser Disziplin – dialektisch gewendeter Humor. Lange Jahre Chefredakteur des „Bayernkurier", hat Scharnagl zwar nicht Karl Valentin, sondern einer anderen bayerischen Zentralgestalt gedient: Franz Josef Strauß. Aber auch bei Strauß war es ein Fehler, nicht immer das Gegenteil des Gesagten mitzudenken; Helmut Kohl war eines der Opfer, obwohl ihm als Pfälzer das bayerische Wesen hätte vertraut sein müssen.

Wenn Scharnagl es dabei bewenden ließe zu schildern, dass Bayern „kein Land wie jedes andere" sei; wenn er nur „das Selbstbewusstsein und den Eigensinn der Menschen, den Reichtum und die Vielfalt landschaftlicher Schönheit" besingen würde; wenn er ausschließlich die „soziale, gesellschaftliche und politische Stabilität" priese und die „wirtschaftliche Leistungskraft" referierte – es wäre besser, in ein Charivari für die Zweitlederhose zu investieren. Aber Scharnagl ist nicht, wie man in Bayern sagt, „auf da Brennsupp'n dahergschwumma"; er kann auch im achten Lebensjahrzehnt auf der medialen Klaviatur spielen.

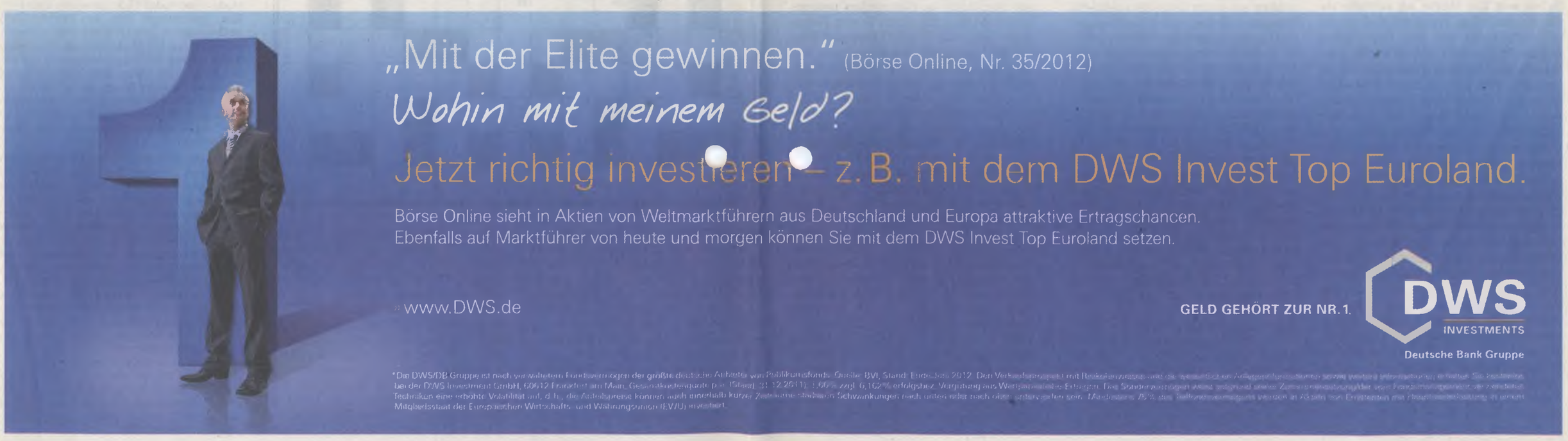
Schade allerdings, dass nicht ein Lektor die Partitur umgestellt hat: Das Schlusskapitel, das mit dem herrlichen Satz beginnt: „Es ist Zeit für das große bayerische Aufbegehren" – es hätte an den Anfang gehört. Dann würde auch deutlich, was Scharnagl nicht im Sinn hat, nämlich einen historischen Essay zu schreiben. Wie er die Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871 als das große Verhängnis Bayerns beschwört, das ist in seiner grandiosen Einseitigkeit nicht tauglich für Oberseminare; Verfasser von Dissertationen, ob Mitglied der CSU oder nicht, seien ausdrücklich vor „Copy and Paste" gewarnt.

Scharnagls weiß-blaue Geschichtstheologie, dass das Ja Bayerns zur Reichsgründung in das Verderben mit den Katastrophen der Weltkriege geführt habe, ist nur die Folie, auf der er den Aufstieg des Landes nach 1945 deutet. Eine Deutung, in der sich die große Hintersinnigkeit Scharnagls offenbart; nur kurz erwähnt er, dass es Franz Josef Strauß gewesen sei, der „den ökonomischen Durchbruch Bayerns an die Spitze" bewirkt habe. Mehr braucht es gar nicht, um den Grundakkord des Buches anzuschlagen – dass es die CSU gewesen ist, die Bayern wieder zu der historischen Größe geführt hat, die 1871 verspielt worden ist.

Wer will, kann das Buch als vergnügliche Geschichte lesen, wie sich der bayerische Phoenix nach 1945 aus der preußischen Asche erhob – eine Geschichte, die sich aber niemand auf den Nachttisch legte, wenn Scharnagl nicht ins separatistische Horn stieße. Weit lässt er erschallen, bemüht gar das „sowjetisch-kommunistische Imperium", nach dessen Zusammenbruch das untergegangene Baltikum wiedererstanden sei mit Litauen, Lettland und Estland. Und ein bevorzugter Referenzpunkt der Bayern fehlt auch nicht – die Schotten, deren Streben nach Unabhängigkeit Scharnagl bewundernd beschreibt. Listig lässt er aber anklingen, dass niemand im übrigen Deutschland vor Angst schlottern muss, die Bayern könnten sich von der Republik lossagen, wenn er über den „bayerischen Commonwealth" räsoniert, den er selbst in Anführungszeichen setzt – einen Commonwealth aus Altbayern, Franken und Schwaben. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit dieser Stämme, zu denen sich die Heimatvertriebenen gesellten, sei nicht zuletzt im Aufbegehren gegen die Münchner Zentralgewalt begründet.

So gesehen wird also ein Scharnaglscher Schuh daraus: Er will den deutschen und europäischen Zusammenhalt stärken, nicht schwächen. „Bayern kann es auch allein" ist ein Hilferuf, die Bayern nicht alleinzulassen in ihrem Widerstreben gegen einen allzu ungestümen Berliner und Brüsseler Zentralismus. In die Zeit vor 1871 wollen die Bayern nicht zurück, in die Zeit vor 1806, als ihnen – es muss gesagt werden, wenn auch mit zusammengebissenen Zähnen – ein Franzose das Königtum bescherte, erst recht nicht. Scharnagl, das spricht aus vielen Zeilen des Buchs, genügt schon ein kleiner Zeitensprung, zurück in die Ära von Franz Josef Strauß. ALBERT SCHÄFFER

Wilfried Scharnagl: Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat. Quadriga Verlag, Berlin 2012. 191 S., 16,99 Euro



Bundesbank kritisiert EZB-Beschluss offen

Potentiell unbegrenzte Staatsanleihekäufe / Verzicht auf feste Zinsobergrenzen

gb./ruh. FRANKFURT, 6. September. Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat unmittelbar nach dem Beschluss des EZB-Rats, den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen der Krisenländer zu ermöglichen, seine Ablehnung bekräftigt. Das Programm sei zu nah an einer Staatsfinanzierung durch die Notenpresse, zitierte ihn sein Pressesprecher. Die Geldpolitik laufe Gefahr, in das Schlepptau der Fiskalpolitik zu geraten. Ihre Fähigkeit für Geldwertstabilität zu sorgen, dürfe durch die Interventionen nicht gefährdet werden. Wenn das beschlossene Programm dazu führt, dass die notwendigen Reformen verschleppt würden, werde das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik zur Krisenlösung weiter untergraben.

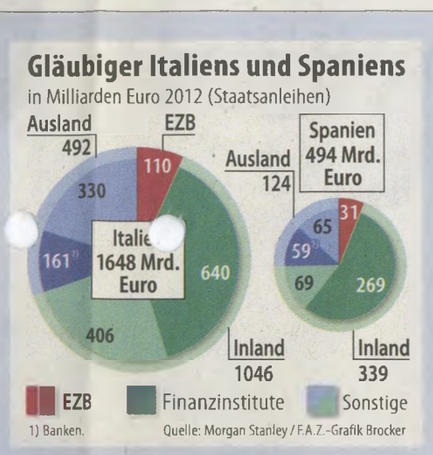
Die Zentralbank verzichtet bei dem neuen Programm auf die Festlegung von Zinsobergrenzen. „Die EZB handelt im Rahmen ihres Mandats", sagte EZB-Präsident Mario Draghi im Anschluss an die Ratssitzung, bei welcher der Leitzins mit 0,75 Prozent unverändert blieb.

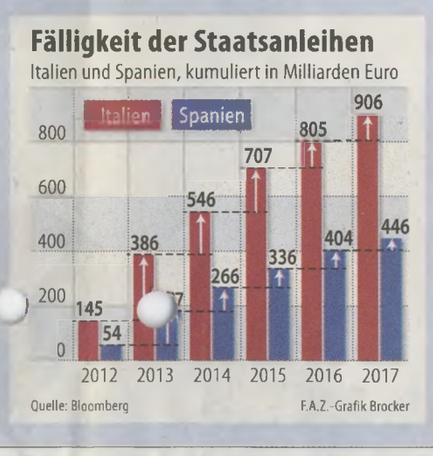
Die Details des Programms waren nicht unerwartet, verstärkten gleichwohl am Donnerstag die ohnehin freundliche Stimmung auf den Kapitalmärkten. Der deutsche Aktienindex Dax legte um 2,7 Prozent zu. Die Renditen spanischer und italienischer Staatsanleihen sanken um bis zu 0,3 Prozentpunkte. Wichtigste Verbesserung gegenüber dem alten Anleihekaufprogramm – die EZB hat bereits für mehr als 200 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft – seien die Bedingungen, sagte Draghi. Bevor zugunsten eines Landes interveniert werde, müsse es den europäischen Stabilisierungsfonds EFSF/ESM um Hilfe bitten und sich den Auflagen eines Anpassungsprogramms unterwerfen. Das müsse entweder ein vollständiges Programm mit Überwachung durch EZB, EU und Internationalen Währungsfonds sein. Oder eine mildere Variante, Enhanced Conditions Credit Line genannt, – dann aber müsse der Stabilisierungsfonds zusätzlich zur EZB-Intervention neu begebene Staatsanleihen des Landes kaufen. In den Genuss von EZB-Interventionen sollen auch Portugal, Irland und Griechenland kommen, sofern diese Länder wieder Anleihen auf dem Kapitalmarkt verkaufen können. Erfülle ein Land die Auflagen nicht mehr, werde die EZB ihre Stützungskäufe einstellen, sagte Draghi.

Foto dapd

Von der Politik unterstützt

Als Mario Draghi am Donnerstag vor die Presse trat, um die Details seines Programms vorzustellen, konnte er sich auf politische Rückendeckung verlassen. In der Bundesregierung hält man den Aufkauf von Anleihen für gedeckt durch das Mandat der Europäischen Zentralbank. In deren Rat stimmte dennoch ein Vertreter dagegen, der die Grenze zur Staatsfinanzierung längst überschritten sieht. Den kriselnden Eurostaaten verschafft Draghi eine Atempause, meinen Ökonomen.





Das durch die Anleihekäufe geschaffene Geld will die EZB dem Bankensystem wieder entziehen, so dass sich die Geldmenge nicht erhöht. Ob und wie stark sie zugunsten von Ländern interveniere, die die Voraussetzungen erfüllen, entscheide der Rat nach Analyse einer Reihe von Indikatoren, sagte Draghi. Dazu gehörten unter anderem das Zinsniveau, Risikoprämien, Preise für Kreditausfallversicherungen, die Verfügbarkeit von Liquidität und die Schwankungsanfälligkeit der Märkte. Feste Zinsobergrenzen waren von Kritikern des Programms als besonders heikel beschrieben worden, weil sie die Zentralbank leicht zum Einsatz riesiger Summen zwingen können. Wie viele und welche Anleihen die Notenbanken des Eurosystems für die Interventionen kaufen, will die EZB wöchentlich beziehungsweise monatlich veröffentlichen.

Draghi erklärte, die EZB verzichte für die unter dem „Outright Monetary Transactions" (OMT) gekauften Anleihen auf einen bevorrechtigten Gläubigerstatus. Bei der griechischen Umschuldung hatte die Zentralbank noch durchgesetzt, dass sie anders als private Gläubiger keine Verluste erleiden muss. Das führte jedoch dazu, dass jeder weitere Kauf durch die Notenbank das Verlustrisiko der anderen Investoren für den Fall einer weiteren Umschuldung vergrößerte. Die Europäische Zentralbank hat zudem die Regeln für einige Sicherheiten gelockert, die Banken bei ihr beleihen dürfen. Von Krisenländern garantierte Bankenanleihen und Einzelkredite werden nun unabhängig von ihrer Kreditqualität als Pfand akzeptiert. Damit begegnet die EZB der Sorge, dass sie mit Interventionen auf dem Staatsanleihemarkt dem Bankensystem zu viele potentielle Sicherheiten entzieht. Sich selbst verstärkende negative Erwartungen hätten zu einen „schlechten Gleichgewicht" geführt, sagte Draghi. Diese Erwartungen müssten durch die Anleihekäufe durchbrochen werden. *(Italien hat EZB-Vorgaben ignoriert, Seite 15, Vermögensverwalter setzen auf Aktien, Seite 23)*

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schäuble täuscht

Von Heike Göbel

Der Bundesfinanzminister konnte diese Woche nicht oft genug beteuern, dass Staatsfinanzierung nicht Aufgabe der Zentralbank sei. Je näher der Donnerstag rückte, an dem der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, genau diesen Sündenfall – den unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen – ankündigen würde, desto distanzierter gab sich Wolfgang Schäuble. Mittwochabend klang der CDU-Politiker so: „Wenn wir einmal anfangen würden, Staatsverschuldung mit der Notenpresse zu finanzieren, kämen wir auf die schiefe Ebene." Ende Juli, als Draghi erstmals durchblicken ließ, was die EZB vorhabe, hörte sich das anders an. Der Finanzminister begrüße die Äußerungen von Draghi, teilte sein Haus mit. Wie das zusammen passt? Schäuble zieht sich auf die legalistische Position zurück, dass der hochgefährliche Kurs der EZB von deren Mandat gedeckt sei, es sich also gar nicht um den Griff zur Notenpresse handele. Schließlich gewähre die Notenbank den Staaten die Kredite nicht direkt, sondern auf dem Umweg über den Markt. Das juristische Feigenblatt macht die Sache nicht besser. Schäuble versucht, die Wähler zu täuschen. Die sollten sich merken, wer die Notenbank in ihrem Irrweg bestärkt hat.

Lieber offen

Von Hendrik Kafsack

Nun hat die Europäische Kommission also doch ein Anti-Dumping-Verfahren gegen die chinesischen Hersteller von Solarprodukten eingeleitet. Eben noch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür geworben, den Streit um die Einfuhr billiger Solarpaneele aus China gütlich zu lösen, da erklärt die Kommission China den Handelskrieg. Eine einvernehmliche Lösung dürfte sich danach kaum noch finden lassen. Nun bedeutet die Einleitung eines Anti-Dumping-Verfahrens nicht, dass die EU letztlich tatsächlich Strafzölle verhängt. Allerdings endet ein Großteil aller Verfahren genau damit. Getroffen würde keineswegs nur die chinesische Solarbranche. Den Schaden hätten auch die Verbraucher, die höhere Preise für Paneele zahlen müssten, außerdem die europäischen Zulieferer wie den Maschinenbau. Gleichzeitig ist sehr fraglich, ob die europäischen Solarkonzerne von der Abschottung ihres Heimatmarkts profitieren. Ihnen geht es nicht deshalb so schlecht, weil die chinesische Konkurrenz Dumpingpreise verlangt, sondern weil sie nicht wettbewerbsfähig und innovativ genug sind. Daran ändern Zölle nichts. Im Gegenteil: Nur offene Märkte fordern und fördern innovative Unternehmer.

Heute

Arabischer Volkssport

Die Falknerei war notwendig, um in der Wüste zu überleben. Das Erdöl veränderte das Leben der Falkner. Heute sind sie Teil der Kultur von verstädterten Beduinen. **Seite 14**

Wettbewerb als Aufgabe

Es gibt viel zu tun für den neuen Vorsitzenden der Monopolkommission. Daniel Zimmer sieht den Markt behindert in vielen Branchen: von den Banken bis zur Telekom. **Seite 16**

Unternehmen

Emirate statt Frankfurt

Die australische Fluggesellschaft Qantas schmiedet ein Bündnis mit der Linie Emirates und gibt das Anflugziel am Main auf. Das trifft auch die Konkurrenz. **Seite 22**

Koordinator zur See

Der maritime Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto, hat bei Reedern einen schweren Stand. Sie fordern von ihm ein klares Hilfskonzept. **Seite 20**

Bio ist auch Massenware

Ein Fernsehbeitrag über die Haltung von Tieren auf Bio-Höfen hat eine Debatte ausgelöst. Dabei ist längst bekannt: Die hohe Nachfrage lässt keinen Platz für Idylle. **Seite 18**

1200 Flugausfälle

Der Ausstand ihrer Flugbegleiter beschert der Lufthansa den größten Streiktag ihrer Geschichte. Beide Seiten zeigen sich weiter unversöhnlich. **Seite 18**

Antidumpingverfahren gegen chinesische Solarfirmen

EU-Kommission: Ausreichender Anfangsverdacht / China reagiert mit Missbilligung

hmk./itz. BRÜSSEL/PEKING, 6. September. Die in der Brancheninitiative Pro Sun zusammengeschlossenen europäischen Solarunternehmen haben in der Auseinandersetzung mit der Konkurrenz aus China einen Teilerfolg erzielt. Die Europäische Kommission leitete am Donnerstag ein Antidumpingverfahren gegen China ein. Es gebe ausreichende Hinweise dafür, dass die chinesische Solarindustrie ihre Produkte zu Dumpingpreise in der EU anbiete, teilte die Behörde in Brüssel mit. Deshalb habe sich die Kommission entschlossen, der Ende Juli von Pro Sun eingereichten Beschwerde nachzugehen. Angesichts eines Importvolumens von 21 Milliarden Euro ist der Fall wohl der bislang größte Fall.

Der Klage waren zahlreiche Insolvenzen in Deutschland und Europa vorausgegangen. Ob die EU Antidumpingzölle auf chinesische Solarprodukte verhängt, ist nach der Einleitung des Verfahrens allerdings weiterhin offen. In der Regel greift die EU derzeit nur in der Hälfte aller von ihr eingeleiteten Antidumpingverfahren zu diesem Mittel. Die Kommission hat neun Monate Zeit, um die Vorwürfe gegen China zu überprüfen. Danach kann sie eigenständig vorläufige, normalerweise auf sechs Monate begrenzte Zölle verhängen. Dauerhaften Zöllen müssen wiederum die EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Das amerikanische Handelsministerium hatte im Mai hohe Antidumpingzölle auf chinesische Solarprodukte verhängt. China hat einen Weltmarktanteil von 65 Prozent an Solarpaneelen. 80 Prozent der Ausfuhren gehen in die EU.

Die chinesische Regierung reagierte auf die Antidumpinguntersuchung mit Missbilligung. China bedauere die Prüfung der Kommission lebhaft, teilte das Handelsministerium in Peking mit. Sollte Europa Zölle gegen chinesische Solarimporte verhängen, treibe das die Preise nach oben und schade sowohl den Verbrauchern als auch den Anbietern, die Vorprodukte aus Fernost nutzten. Ähnlich hatten in dieser Zeitung die Chefs von vier Solarunternehmen aus China argumentiert (F.A.Z. vom 4. September).

China habe wiederholt an die EU-Kommission appelliert, den Streit durch Konsultation und Kooperation zu lösen, hieß es in Peking. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich nach ihrem Chinabesuch Ende August für eine einvernehmliche Lösung des Konflikts ausgesprochen. Ähnlich äußerte sich am Donnerstag Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU). Nach den internationalen Handelsregeln ist es aber nicht einfach, ein einmal eingeleitetes Antidumpingverfahren wieder zu stoppen.

Pro Sun begrüßte die Entscheidung der Kommission. China versuche derzeit ein Solarmonopol aufzubauen. Seine Hersteller verkauften ihre Produkte weit unter den Herstellungskosten. Sie machten dadurch zwar enorme Verluste. Die chinesische Regierung gewähre ihnen aber zum Ausgleich unbegrenzten Zugang zu Krediten. Pro Sun gehören mehr als 20 Solarunternehmen an, darunter auch die deutsche Solarworld. Derweil fürchten europäische Unternehmen in China Vergeltungsaktionen. „Wann immer es zu solchen Fällen kommt, schlägt das auf uns zurück", sagte der Präsident der Europäischen Handelskammer in Peking, Davide Cucino.

Eine Frau rückt in den Vorstand von Gruner + Jahr

Julia Jäkel übernimmt die Aufgaben von Bernd Buchholz

rit. HAMBURG, 6. September. Die Spekulationen um die Nachfolge von Bernd Buchholz bei Gruner + Jahr (G+J) haben ein Ende. Am Donnerstag berief der Aufsichtsrat Julia Jäkel in den Vorstand von Europas größtem Zeitschriftenverlag („Stern", „Brigitte"). Damit bestätigten sich entsprechende Informationen dieser Zeitung (F.A.Z. vom 30. August). Die 40 Jahre alte Verlagsmanagerin ist bundesweit bekannt, weil sie die Ehefrau des früheren Tagesthemen-Moderators Ulrich Wickert ist und zumindest bis zur Geburt ihrer Zwillinge im März dieses Jahres gelegentlich in den bunten Gazetten zu sehen war.

Die bisherige Geschäftsführerin der Verlagsgruppe „G+J Life" übernimmt sofort die Verantwortung für das Zeitschriften- und Digitalgeschäft des Verlags in Deutschland. Sie wird aber nicht Buchholz' Rolle als Vorstandsvorsitzender übernehmen, denn dieses Amt wird es nicht mehr geben. Laut einer Pressemitteilung wird Jäkel das Unternehmen gemeinschaftlich und gleichberechtigt mit den beiden amtierenden Vorständen Torsten-Jörn Klein (Ausland) und Achim Twardy (Finanzen) führen.

Damit steigt automatisch der Einfluss von Thomas Rabe: Der neue Vorstandsvorsitzende des Bertelsmann-Konzerns, der mehrheitlich an G+J beteiligt ist, sitzt dem Aufsichtsrat des Verlags vor und hatte sich zuletzt gegen die Akquisitions- und Diversifikationspläne des Vorstands gewandt. Dies trug mit dazu bei, dass Buchholz in der vergangenen Woche aus dem Bertelsmann-Vorstand zurückgetreten ist. Seither war es nur noch eine Frage der Zeit, bis Buchholz auch die Kommandobrücke von G+J verlassen würde. Nun scheidet der 50 Jahre alte Manager „einvernehmlich" aus. Da sein Vertrag eigentlich noch bis 2016 lief, wird er wohl eine stattliche Millionen-Abfindung mit nach Hause nehmen. Rabe bedankte sich bei Buchholz „für die erfolgreiche und engagierte Arbeit".

Von den Zeitschriften in den Vorstand: Julia Jäkel Foto dpa

Mit der neuen Führungsstruktur sei G+J bestens aufgestellt, um seine Position im Medi geschäft auszubauen und insbesondere e Digitalisierung von Inhalten und Marken voranzutreiben, erklärte Rabe. Julia Jäkel hat einst als Nachwuchsführungskraft bei Bertelsmann in Gütersloh angefangen und dann im Hause G+J einen rasanten Aufstieg geschafft. Seit Februar 2012 leitet sie die Verlagsgruppe „Life". Dazu gehören mehr als 20 Medienmarken wie „Gala", „Schöner Wohnen", „Essen & Trinken" und „Brigitte".

Kunststück Privatkundengeschäft

Die Nöte der Commerzbank / Von Hanno Mußler

In der Commerzbank findet nächste Woche eine ungewöhnliche Aufsichtsratssitzung statt: Der Vorstand trifft sich für zwei Tage mit Aufsichtsräten zu einem Workshop. Klaus-Peter Müller, der Aufsichtsratsvorsitzende und Chef der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für gute Unternehmensführung, gibt sich gerne fortschrittlich. Müllers Zeit im Vorstand der Commerzbank erscheint dagegen heute wie ein Anachronismus. Er verantwortete als Vorstandssprecher im Jahr 2006 den unglücklichen Kauf der Eurohypo und trieb die ebenso unglückliche Übernahme der Dresdner Bank im Jahr 2008 voran. Denn als Müller zur Jahresmitte auf den Aufsichtsratsvorsitz wechselte, dauerte es nur ein halbes Jahr, bis die Commerzbank wegen der Dresdner Bank und der Eurohypo 18 Milliarden Euro Staatshilfe zum Überleben benötigte.

Seither hat die Commerzbank unter dem Vorstandsvorsitzenden Martin Blessing von strukturierten Wertpapiere über Staatsanleihen bis hin zu gewerblichen Immobilienkrediten vieles abgestoßen. Die Schiffsfinanzierung, die eigentlich in diesem Sommer zu einem neuen Geschäftsfeld aufsteigen sollte, macht sie plötzlich gar nicht mehr. Nicht alle der 58 000 Mitarbeiter sind ausgelastet. Ihre Gehälter drücken als Fixkosten die immer kleinere und damit ertragsschwächere Bank. Blessing hat daher für den 8. November eine „Überprüfung" der Strategie angekündigt. Im Austausch mit dem Aufsichtsrat wird die neue Strategie nun vorbereitet.

Zentral ist die Frage, warum 12 000 Mitarbeiter mit 11 Millionen Privatkunden in Deutschland im Filialgeschäft nichts verdienen. Spötter halten das zu Recht für ein Kunststück. Schließlich hat die Commerzbank die erwarteten Kostenvorteile aus der Übernahme der Dresdner Bank erreicht: Sie hat 400 von 1600 Filialen geschlossen, 9000 Mitarbeiter abgebaut und das, wie viele sagen bessere, IT-System der Dresdner Bank abgestellt. Damit verringerten sich die Kosten um immerhin 2 Milliarden Euro. Dennoch arbeiteten die Filialen 2010 und im zweiten Quartal 2012 mit Verlust.

Seit Jahren ist das Kreditgeschäft mit dem Mittelstand der einzige große Gewinnbringer der Commerzbank. Erfreulich entwickelte sich daneben nur die polnische BRE Bank. Das Investmentbanking verdiente in den vergangenen eineinhalb Jahren lediglich die intern mit 12 Prozent angesetzten Kapitalkosten. Doch gerade der deutsche Mittelstand und die polnische Volkswirtschaft erleben schon einen langjährigen Aufschwung. Irgendwann, vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft, wird dieser enden. Dann sollte die Commerzbank andere Geschäftsfelder haben, die deren zyklische Schwäche ausgleichen. Das Privatkundengeschäft ist davon freilich weit entfernt.

Die Commerzbank leidet wie alle Banken darunter, dass sie die begehrten Einlagen der Privatkunden im harten Wettbewerb mit Auslandsbanken so hoch verzinsen muss, dass bei der Anlage dieser Gelder in der Niedrigzins-Landschaft die Gewinnmarge klein ist. Doch auch eigene Fehler machen der Commerzbank zu schaffen. So verzichtet sie etwa auf Kontoführungsgebühren und damit auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag. Dieser fixe Ertrag stünde ihr angesichts der hohen fixen Kosten der Filialen gut zu Gesicht.

Statt auf stabile Erträge setzte die Commerzbank lange darauf, mit ihren

> Verspieltes Vertrauen verhindert schnelles Wachstum. Jetzt droht ein neuer Stellenabbau.

in zehn Jahren von 4 auf 11 Millionen angewachsenen Privatkunden Geldanlagegeschäfte zu machen und dafür Provisionen zu kassieren. Doch die Leute sind in der Krise vorsichtig geworden und halten sich mit Neuanlagen zurück. Die Commerzbank versuchte dennoch, Kunden zu neuen Anlagen zu drängen. Damit hat sie Vertrauen verspielt. Heute weiß fast jeder, dass Bankberater ihren Kunden oft nicht die passende Anlage empfehlen. Ihr Bonus hängt ja meist nur davon ab, wie viele Anlagen sie verkaufen.

Die Commerzbank hat dies in diesem Jahr geändert und offen zugegeben, was andere Banken noch eingestehen müssen: dass Kundenzufriedenheit bei ihr erst jetzt gleichrangig mit dem Verkaufserfolg den Bonus des Kundenberaters bestimmt. Doch es wird dauern, bis die Kunden der Commerzbank eine „neutralere" Beratung abnehmen werden. Auch forciert die Bank jetzt lange vernachlässigte, stabile Zinserträge versprechende Baufinanzierungen. Doch ein Wachstum dort lastet ihre Kapazitäten nur langsam besser aus.

Statt Wachstum verspricht nur Kostensenken schnelle Erfolge. Im Privatkundengeschäft gar nicht mehr auf Filialen und nur noch auf die erfolgreiche Direkttochterbank Comdirect zu setzen scheint aber noch keine Option. Zwar wachsen die Direktbanken im Gegensatz zu den Filialbanken, doch ist ihr Marktanteil mit 15 Prozent noch zu gering. Das heißt aber nicht, dass das Filialnetz der Commerzbank unverändert bleiben kann. Neben vereinzelten Schließungen gilt es neue, schlankere Filialtypen zu entwickeln, die kostengünstiger sind als die heutigen Vollsortimenter. Auch Filialkunden können zu bestimmten Anlagen stärker standardisiert auch online angesprochen werden. Und am Ende des Tages dürfte die Commerzbank auch um einen größeren, schmerzhaften Personalabbau nicht herumkommen.

FIRMENINDEX Seite

Airbus 20
Alba 20
Amazon 18
Apple 18
Asklepios 20
Bertelsmann 13, 20
Billabong 19
Bosch 18
British Airways 22
Commerzbank 13, 21
Credit Suisse 20
Deutsche Bahn 19
Deutsche Bank 21
Deutsche Lufthansa 22
Deutsche Post 16
Deutsche Telekom 16
EADS 20
Emirates 22
Etihad 22
Exxon Mobil 22
Facebook 18, 24
Gasprom 18
Geely 16
Giesecke & Devrient 21
Gruner + Jahr 13, 20
Helaba 20
Hypo Alpe Adria 19, 22
Jaguar Land Rover 19
LBBW 19
Lufthansa 22
Merck KGaA 19
Metro 18
Nasdaq 24
Nomura 18
P+S-Werften 18
Philip Morris 17
Qantas 22
Rhein-Cargo 19
Rhön-Klinikum 20
Steinhoff 24
W & W 19

Ökonomenstimmen

Volker Wieland (Goethe-Universität Frankfurt)

„Die EZB geht sehr weit, was ihre Annäherung an die Finanzpolitik betrifft. Sie verhält sich wie eine Art Internationaler Währungsfonds im Euroraum und nutzt ihre unbegrenzten Möglichkeiten, Zentralbankgeld bereitzustellen. Es besteht die große Gefahr, dass die EZB in dieser Strategie gefangen bleibt und nicht mehr herausfindet. Das gilt vor allem, wenn einmal die Inflationsrate deutlich steigen sollte. Meines Erachtens befindet sich die EZB auf dem falschen Weg."

Markus Brunnermeier (Princeton-University)

„Das Programm kauft den Regierungen etwas Zeit. Es ist nur hilfreich, wenn Regierungen jetzt Maßnahmen in Gang setzen, die für Wirtschaftswachstum sorgen. Die Konditionalität gibt den Regierungen die richtigen Anreize und ist das wichtigste Element des Ankaufprogramms. Es besteht jedoch die Gefahr, dass Regierungen die vereinbarte Konditionalität verletzen. Dann kommt die EZB möglicherweise in eine Zwickmühle und sie muss den Mut aufweisen, dann das Programm wieder einzustellen und gegebenenfalls Anleihen wieder zu verkaufen."

Stefan Bielmeier (DZ Bank)

„Über die heute berichteten Maßnahmen bin ich zwar nicht sehr glücklich, aber sie waren kaum zu umgehen und sind letztlich das Ergebnis der institutionellen Entwicklung im Euroraum. Würde die EZB nicht in den Markt eingreifen, könnten einzelne Länder weiter in die Abwärtsspirale gedrängt werden – bis hin zum Austritt. Insofern kann es nur ein Zusammenspiel geben zwischen Geldpolitik und Reformbemühungen, um ein solche Entwicklung zu verhindern. Es gibt derzeit zwei Optionen: Entweder wir finden den Weg zu einer teilweise Vergemeinschaftung der Schulden oder die bereits sichtbaren Zentrifugalkräfte in der Währungsunion verstärken sich weiter."

Hoffnungsvoll: *Unter Trichet (links) verlangte die EZB vor einem Jahr harte Reformen vom Italiener Berlusconi.* Foto ddp images/dapd

Italien hat die EZB-Vorgaben ignoriert

Erfüllt wurde nur eine der sieben Forderungen, die die EZB vor einem Jahr zur Bedingung für den Kauf von Staatsanleihen gemacht hatte.

tp. ROM, 6. September. Zwar spricht EZB-Präsident Mario Draghi von strengen Konditionen, die mit den geplanten Interventionen der Zentralbank verbunden seien. Gegenüber Italien haben Draghi und sein Vorgänger Jean-Claude Trichet die vor einem Jahr gestellten Bedingungen aber nicht durchsetzen können. Am 5. August 2011 hatten Trichet und sein designierter Nachfolger Draghi in einem Brief an den damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi detaillierte Forderungen gestellt und danach mit einem Programm für den Kauf von Staatstiteln begonnen. Die Forderungen von Trichet und Draghi waren schließlich der Anlass, der die Handlungsunfähigkeit der Regierung Berlusconi offenbarte und zu ihrem Sturz führte.

Der neuen Ministerpräsident Mario Monti hat nach einem Jahr nur eine der sieben Forderungen der EZB-Präsidenten Trichet und Draghi weitgehend erfüllt, während bei den restlichen sechs keine sichtbaren Effekte zu verzeichnen sind. Trichet und Draghi hatten 2011 zusätzliche Anstrengungen für die Reduzierung des Haushaltsdefizits und einen ausgeglichenen Haushalt bis 2013 verlangt. Dieser Forderung ist Monti nachgekommen – allerdings vor allem mit Steuererhöhungen und nicht wie von Trichet und Draghi gewünscht mit Ausgabenkürzungen. Montis Regierung lieferte die geforderte Rentenreform, aber nicht die Reduzierung der Kosten für den Öffentlichen Dienst, für den auch Gehaltskürzungen vorgeschlagen worden waren. Die verlangte Klausel für automatische Ausgabenkürzungen im Haushalt im Fall von Überschreitungen des geplanten Defizits gibt es nicht. Auch von einer grundsätzlichen Neuordnung der Finanzen zwischen Zentralstaat, Regionen und Kommunen ist nichts zu sehen.

Neben den Forderungen zur Haushaltspolitik hatten Draghi und Trichet auch drastische Reformen zur Verbesserung des italienischen Wachstumspotentials verlangt, etwa eine Liberalisierung der Versorgungsbranche und der Freien Berufe sowie Privatisierungen in großem Umfang. Daneben ging es noch um eine Reorganisation und Dezentralisierung der Tarifverhandlungen sowie die Generalüberholung des Arbeitsrechts mit gleichzeitiger Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Auch zu diesen Themen blieben praktische und spürbare Effekte bisher aus.

Dennoch fühlt sich Italiens Ministerpräsident nun auch von der italienischen Zentralbank in seiner Forderung nach niedrigeren Zinsen auf Staatstitel bestärkt. Die Banca d'Italia hat gerade eine Studie veröffentlicht, der zufolge nur 2 Prozentpunkte der 4 bis 4,5 Prozentpunkte an Zinsdifferenz zwischen deutschen und italienischen Staatstiteln durch ökonomische Daten gerechtfertigt erscheinen. Vielmehr wird der zusätzliche Zinsaufschlag durch die Spekulation über ein eventuelles Ende des Euro erklärt – sowie durch die Flucht der Investoren in den scheinbar sicheren Hafen Deutschland.

Für viele unter Italiens Politikern und Kommentatoren liegt die Schuld für die Spekulation zu einem Großteil bei den Deutschen, die nicht sofort durch Schuldengarantien und andere Schritte die Entstehung der Eurokrise verhindert hätten. Ministerpräsident Monti sprach am Donnerstag davon, dass es im italienischen Parlament „ein Aufwallen von Unduldsamkeit gegenüber Deutschland und der deutschen Regierung" gebe. Wie Monti beklagt sich nun auch der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy darüber, dass die Zinsen für die Staatstitel nicht die fundamentalen Wirtschaftsdaten seines Landes widerspiegelten. Die Sanierungsanstrengungen würden an den Märkten nicht berücksichtigt und damit durch hohe Zinsen wieder zunichte gemacht. Deshalb seien schnelle Interventionen nötig.

OECD: Rezession in Deutschland

Im Juli aber Auftragszuwachs in der Industrie

chs./jagr./geg. PARIS/FRANKFURT, 6. September. Deutschland dürfte in der zweiten Jahreshälfte in eine Rezession geraten. Das sagen die Ökonomen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Donnerstag in Paris in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick voraus. Im dritten Quartal werde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5 Prozent und im vierten Quartal um 0,8 Prozent schrumpfen, lautet ihre Schätzung. Die deutsche Wirtschaft hatte sich im zweiten Quartal noch mit einem Wachstum von 0,3 Prozent etwas besser geschlagen als erwartet. Zuletzt deuteten der mehrmals gesunkene Ifo-Konjunkturindikator und auch schwache Umfragewerte unter Exporteuren auf eine weitere konjunkturelle Abkühlung hin.

Für das südliche Europa war der Ausblick der OECD erwartungsgemäß noch schlechter. In Italien werde die Wirtschaftsleistung um 2,9 und 1,4 Prozent im dritten und vierten Quartal 2012 sinken. Frankreich komme etwas besser weg: Nach einem Rückgang des BIP von 0,4 Prozent werde das Wachstum zum Jahresende um 0,2 Prozent zulegen. Doch für das gesamte laufende Jahr führt das nur zu einem französischen Wirtschaftswachstum von 0,1 Prozent – gegenüber 0,8 Prozent in Deutschland.

Die OECD meldete aus dem Euroraum durchaus Fortschritte. In Griechenland, Spanien und Irland seien die Lohnstückkosten zuletzt gesunken. Der Chefökonom der OECD, Pier Carlo Padoan, zeichnete insgesamt jedoch ein düsteres Bild. Im Euroraum schwappe die wirtschaftliche Schwäche von der Peripherie auf die Kernländer über. Dennoch müssten im Euroraum die Länder mit Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten weiter am Staatsschuldenabbau und an der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, auch durch Lohnzurückhaltung. Überschussländer wie Deutschland sollten dagegen mehr Inflation und höhere Löhne akzeptieren. In Frankreich stieg die Arbeitslosenquote im zweiten Quartal derweil auf 9,7 Prozent, den höchsten Wert seit 1999, wie das Statistikamt Insee meldete.

Trotz der eingetrübten Aussichten erhielten deutsche Industrieunternehmen im Juli wieder mehr Aufträge. Das Auftragsvolumen habe verglichen mit Juni um 0,5 Prozent zugenommen, teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Donnerstag mit. Der Zuwachs speiste sich aus der Inlandsnachfrage (1,0 Prozent mehr Aufträge), während die Auslandsaufträge nahezu unverändert blieben. Das Ordervolumen insgesamt sei „auf dem durchschnittlichen Niveau des ersten Halbjahres 2012", teilte der Ministerium mit. Im Vormonat waren die Auftragseingänge nach den nun revidierten Zahlen noch deutlich um 1,6 Prozent zurückgegangen. Auch die deutsche Elektroindustrie befindet sich weiterhin auf einem Wachstumspfad. Das zu Beginn des Jahres erwartete Wachstum von 5 Prozent sei allerdings nicht zu erreichen, schrieb der Branchenverband ZVEI am Donnerstag. Man erwarte jetzt preisbereinigt 1 bis 2 Prozent.

FDP bekräftigt alte Werte

Garantieerklärung der Fraktion für die Freiheit

enn. BERLIN, 6. September. Die FDP will den Haushalt schneller konsolidieren, Subventionen für erneuerbare Energien verringern und Bürgerrechte stärken. Dies sind Kernthesen eines Zwölf-Punkte-Programms der „Garantie-Erklärung für die Freiheit", das die FDP-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausur am Donnerstag in Mainz beschlossen hat. Danach soll der Bundeshaushalt schon bis 2014 ausgeglichen werden. „Die Schuldenbremse sieht das bis 2016 vor – das reicht uns nicht", sagte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle. Bei den erneuerbaren Energien müsse „Schluss mit der Planwirtschaft sein". Die Kräfte des Marktes müssten stärker wirken. Überdies will die FDP den Bürger vor Überregulierung schützen. Ferner wendet sich die Partei gegen die Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurorettung. In der sozialen Absicherung dürfe es kein „Einheitssystem" geben. Die FDP bekennt sich daher zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung und zum Aufbau privater Vorsorge für Alter und Pflege. Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn lehnt sie ab. Die Regierungspartei fordert „Bildungskooperationen" von Kommunen, Ländern und Bund.